

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152.

Mittwoch, den 2. Juli 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die Heeresvorlagen genehmigt!

Der wochenlang währende heiße Kampf der Sozialdemokratie mit dem Militarismus um die neuen Heeresvorlagen ist beendet. Wir sind unterlegen. Eine Heeresvermehrung im Umfange, wie sie noch nie dem Reich, noch keinem Volke in der Welt angeschlossen wurde, ist von den bürgerlichen Parteien im Reichstage beschlossen worden. Rund 134 000 Mann werden künftig mehr als bisher jährlich zum Militärdienst ausgehoben, ihrem Beruf auf zwei bzw. drei Jahre entzogen.

Es sind in der Mehrzahl Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern, die gezwungen werden, dem Militärmoloch diese erhöhten Opfer zu bringen. Zum Schutze des Reiches, zur Sicherung des Vaterlandes, zur Erhaltung des Friedens? So sucht man dem Volke glauben zu machen. Tatsächlich ändert die enorme Vermehrung der Streitkräfte Deutschlands das Kräfteverhältnis unter den europäischen Rivalen nicht im geringsten. Das gegenseitige Mißtrauen der Nationen wird durch die deutschen Aufrüstungen nicht vermindert, sondern verstärkt, die Kriegsgefahr erhöht. Denn Frankreich und Rußland folgen dem schlimmen Vorbild Deutschlands. Frankreich, indem es zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehrt, Rußland mittels Vermehrung seiner Truppen um mehrere Armeekorps, dem Bau von strategischen Bahnen usw. Nach Durchführung der Heeresvermehrungen und der Neuorganisation in Frankreich stehen die Großmächte, was ihre Militärmacht betrifft, auf dem alten Platz. Nur mit dem Unterschied, daß die Völker des in Waffen stehenden Europas jährlich eine Milliarde mehr als bisher für Wehrzwecke aufzubringen haben. Das ist das „Verdienst“ Deutschlands.

Europa verblutet unter der Last des Militarismus, wenn die Völker diesem wahnsinnigen System nicht ein Ende machen. Von den bürgerlichen Parteien ist keine Hilfe zu erwarten, das beweist der Verlauf der Verhandlungen über die Militärvorlagen im deutschen Reichstag, in der französischen Deputiertenkammer und in der russischen Duma. Die breiten Volksmassen, die arbeitenden Klassen in allen Ländern, müssen den Widerstand gegen dieses System organisieren, das Bürgertum hat weder den Willen noch die Macht, den Militarismus niederzurufen. Ist doch das stehende Heer die mächtigste Stütze der kapitalistischen Gesellschaft, ein Bollwerk der Monarchie, ein furchtbares Instrument in den Händen der Fürsten, verwendbar nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen das eigene Volk, gedrückt, nach Befehl auf Vater und Mutter zu schießen.

In Deutschland entscheidet der Wille eines Mannes, ob Millionen von Wehrpflichtigen von Haus und Hof, von Frau und Kind gerissen, zum blutigen Gemetzel ins Feld ziehen müssen. Der Befehl eines Mannes, der Stimmungen, Schwächen unterworfen ist wie jeder von uns, gebietet über Leben und Tod von Millionen. Denn nichts weniger bedeutet das verfassungsmäßige Recht des Kaisers, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen.

Noch nie ist in einem Parlament in die dunkelsten Ecken und Winkel des kapitalistisch-militaristischen Systems so kräftig hineingeleuchtet worden, wie von der Sozialdemokratie im Reichstage während der Beratung der Heeresvorlagen. Der „Patriotismus“ der an Militärlieferungen und Militärarbeiten interessierten Rüstungstreiber, die hüben und drüben, in Frankreich und in Deutschland, um Geschäfte zu machen, mit Hilfe einer feilen Presse zum Krüge hegen, wurde ins rechte Licht gerückt. Die Bloßstellung der weltberühmten Firma Krupp, die anderen Staaten nicht nur Kanonen und Panzerplatten billiger liefert als dem Deutschen Reich, sondern deren Agenten auf verbrecherische Weise sich auch militärische Geheimnisse erschleichen, ist eine Episode aus dem Kampfe der Sozialdemokratie gegen die Heeresvorlage. Freilich, der Chef der Firma Krupp ist wenige Tage nach diesen aufsehenerregenden Enthüllungen mit einem Orden ausgezeichnet worden. Aber das tut den Feststellungen des Abgeordneten Lieber keinen Abbruch.

Die Soldatenmißhandlungen, die mittelalterliche Straffjustiz, die Bevorzugung des Adels in der Armee, die puppenhafte, unverhältnismäßig teure Ausstattung der Garde, die zweckwidrige bunte Uniformierung der Soldaten, das Einjährig-Freiwilligenprivileg, der Anlaß des Büchsenweizens, die Schädigung der Gewerbetreibenden durch Militärbestellungen, Konkurrenz in den Militärbetrieben und den Spielstätten gegenüber, alle Mißstände, die unserer Heeresorganisation anhaften, wurden an den Pranger gestellt.

Die Heeresvorlagen wurden trotz dem angenommen. Deswegen oder stellen wir

den Kampf gegen den Militarismus nicht ein. Der im Reichstag nicht berücksichtigte Protest unserer Parteigenossen pflanzt sich weiter im Volke, außerhalb des Parlamentes. In Versammlungen, in der Presse, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit wird der Kampf fortgesetzt. Das ganze öffentliche Leben muß mit der Abwehr dieses Systems erfüllt werden. Dieser Kampf ist nicht aussichtslos, sofern die breiten Volksmassen sich der Sozialdemokratie anschließen, die Sozialdemokratie stützen und fördern.

Die Sozialdemokratie bekämpft in allen Ländern das herrschende, den Völkern und die Freiheit des eigenen Volkes bedrohende Militärsystem. Sie will das Vaterland nicht wehrlos machen, wie ihr von unwissenden oder gewissenlosen Gegnern unterstellt wird. Im Gegenteil. Alle wehrfähigen Volksgenossen sollen verpflichtet sein, das Vaterland zu verteidigen, wenn es angegriffen wird. Aber wir verachten Eroberungskriege, Kriege, die um Länderzuwachs, zur Erhöhung des Glanzes und der Macht der Monarchie, für dynastische Zwecke geführt werden. Wir wollen nicht, daß der Bürger jahrelang seinem Beruf entzogen, in der Kaserne geschunden und gedrückt wird, wir wollen kein Berufsheer, kein stehendes Heer, sondern ein Volksheer, das Milizsystem. Für diesen Zweck mag die Jugend vorbereitet und erzogen werden. Das Volksheer, die Miliz, wird nicht ein Werkzeug der herrschenden Klassen sein, sie wird aus freien Bürgern bestehen, die, wenn der Ruf an sie ergeht, das Vaterland nicht nur gegen den äußeren Feind verteidigen, sondern auch die Freiheit und die Rechte des eigenen Volkes schützen und sichern, wenn es nottut.

Das ist das Ziel, das wir erstreben, das erreicht werden wird, weil es erreicht werden muß. Die ungeheure Mehrbelastung infolge der neuen Heeresvermehrung wird Hunderttausenden, die von der Heeresvermehrung mittelbar oder unmittelbar betroffen werden, die Augen öffnen. Und wenn es erst ans Zahlen geht, wenn der Steuerbote den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer einfassiert, werden die begeistertsten Schwärmer für Heeresvermehrung aus ihrem Laumel erwachen und anfangen zu denken. Das ist schon ein halber Sieg. Die Zeit ist günstig zum Kampfe gegen den Militarismus. Hüthen wir sie aus und die Besiegten von gestern werden die Sieger von morgen sein!

Die Parteien und das Vermögenszuwachssteuergesetz.

Aus dem Nachweis über die namentliche Abstimmung zum Vermögenszuwachssteuergesetz geht hervor, daß dafür gestimmt haben: 105 Sozialdemokraten, 61 Zentrumsler, 48 Nationalliberale, 39 Fortschrittler, die gesamte Reichspartei, fast alle Antiklerikalen und Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung und zwei Konservative. Die beiden Konservativen, die entgegen ihrer ganzen Fraktion für die Vermögenszuwachssteuer stimmten, sind die Abgeordneten Nehbel und v. Zeit. v. Zeit ist Landrat und Rittergutsbesitzer, Nehbel ist ostpreussischer Rittergutsbesitzer und Hauptmann der Reserve. Für das Gesetz stimmten auch die keiner Partei angehörenden Abgeordneten Graf Posadowsky und Henl zu Herrnsheim. Gegen das Gesetz haben gestimmt: 42 Konservative, 15 Polen, die Welfen, einige Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, einige Elässer und Graf Oppersdorff, der früher zum Zentrum gehörte. Der Stimme enthalten haben sich 21 Zentrumsabgeordnete, zumeist Vertreter der feudalen Richtung. Die übrigen Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten haben, gehören verschiedenen Parteien an.

Die „Post“ wirft die Frage auf, ob das Vermögenszuwachssteuergesetz auch ohne die Sozialdemokraten eine Mehrheit erlangt hätte, und sie bejaht diese Frage unter Berufung auf das Votum der Reichsparteiler. Nun ist allerdings richtig, daß die 105 Sozialdemokraten, zu den 63 Gegnern der Vorlage gerechnet, erst 168 Stimmen gaben, während auf der Seite der Zustimmungenden noch 175 übrig bleiben. Aber so kann natürlich nicht gerechnet werden. Hätten die Sozialdemokraten beschlossen, gegen die Vorlage zu stimmen und diese ihre Stellungnahme wäre bekannt geworden, dann dürfte sich auch in den anderen Parteien das Bild verschoben haben, sei es, daß das Zentrum noch mehr Dissidenten aufzuweisen gehabt hätte oder daß die Reichsparteiler, die sich jetzt als Reiter der Vorlage aufspielen wollen, sich zu den Konservativen geschlagen hätten. Wenigstens hat die „Post“ bis in die letzte Lage hinein sich gegen das Steuerkompromiß erklärt, und Freiherr v. Zeitlich verlangte noch vor wenigen Tagen die Ablehnung der Reichsvermögenszuwachssteuer.

Die Berliner Presse aller Parteirichtungen würdigt übrigens die Beschlüsse über die Deckung der Wehrvorlage

in erschöpfender Weise. Die konservative Presse sucht, wie das erklärlich ist, die Haltung der Konservativen zu verteidigen. Die „Kreuz-Zeitung“ tut das in ziemlich ruhiger Form ohne heftige Ausfälle auf die Regierung. Mehr macht sie die liberalen Parteien verantwortlich für den Verlauf der Dinge und beschuldigt sie besonders, die sehr wichtigen Steuerfragen übers Knie gebrochen zu haben. Man habe nicht wie sonst die zahlreichen Proteste und Bittschriften der Interessenten berücksichtigt. Selbst die Kundgebungen des Hanjabundes und die noch schwerwiegendere Warnung des Direktors der Deutschen Bank Dr. Helfferich seien in den Wind geschlagen worden. Die linke Mehrheit des Reichstages habe eine positive Arbeit leisten wollen und dabei weniger auf das sachliche Ergebnis des Steuerkompromisses als auf den politischen Erfolg gerechnet. Im übrigen ist die „Kreuz-Zeitung“ der Meinung, daß diese Steuergesetzgebung der Nation nicht zum Heile gereiche.

Gröber und mehr dem Naturell Vertels entsprechend ist der Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ gehalten. Die ganze Entwicklung des Parlamentarismus in den letzten Wochen und Monaten paßt Vertel nicht. Der Reichstag habe dem Kanzler ein formelles Mißtrauensvotum ausgesprochen. Er habe den verbündeten Regierungen in der Frage des Besitzsteuergesetzes seinen Willen aufgezwungen. Das bedeute eine Verschiebung der Macht zugunsten des Parlaments. Die Regelung des Besitzsteuergesetzes sei obendrein unbestreitbar eine Machterweiterung des Reiches und des Reichstages gegenüber den Bundesstaaten. Wer diese und noch andere ähnliche Erscheinungen unbefangen betrachtet, werde zugeben müssen, daß das Reich sich auf einer abschüssigen Bahn befinde. Ein parlamentarisch regiertes Reich sei völlig unmöglich und die allmähliche Schwächung der Stellung und der Rechte der Einzelstaaten sei eine Gefährdung des Reichsgedankens und der Reichszukunft. Vertel wünscht dann auch, daß die Regierung die Kraft finden möge, diese „Abwärtsentwicklung“ im nächsten Tagungsabschnitte zu heben. Er zweifelt aber selbst, daß sich sein Wunsch erfüllen werde.

Die „Post“ ist erfreut über die Annahme der Militärvorlage und vindiziert sich, wie schon erwähnt, das Verdienst, das Vermögenszuwachssteuergesetz durch die Abstimmung der Handvoll Reichsparteiler gerettet zu haben. Die Sozialdemokraten hätten nun zur großen Freude der „Post“ nicht mehr Gelegenheit, sich draußen vor den Wählern darauf zu berufen, daß ihre Abstimmung die dauernde Deckung der Wehrvorlage ermöglicht habe. Im übrigen enthält der „Post“-Artikel nichts, das der Erwähnung wert wäre.

Im Zentrum kommt langsam wieder der Ragenhammer. Die „Germania“ bedauert, nicht lagen zu können: Ende gut, alles gut. Sie hätte gewünscht, daß die Wehr- und Deckungsvorlage auch von derselben Majorität, d. h. also vom schwarzblauen Block bewilligt worden wäre. Die Abspaltung der Konservativen scheint also dem Zentrum näher zu gehen, als es bisher schien.

Die liberale Presse ist sehr erfreut über den Verlauf der Verhandlungen über die Deckungsvorlagen, insbesondere auch darüber, daß die Sozialdemokraten den großen Steuervorlagen zugestimmt haben. Die „Bosnische Zeitung“ beispielsweise schreibt in dieser Beziehung:

„Wie kleinlich, wie kindlich ist nicht der Vorwurf, die Regierung habe sich, indem sie sich auf den Boden der Kompromißorschläge stellte, ins Fahrwasser der Sozialdemokratie begeben! Alle diese Vorschläge sind nicht von der Sozialdemokratie, sondern von den bürgerlichen Parteien ausgegangen. Daß aber die Sozialdemokratie ihnen schließlich beistimmte, sollte man nicht als ein verhängnisvolles Unheil, sondern als einen erfreulichen Erfolg betrachten. Oder hat es nichts auf sich, daß eine Partei, die nun einmal über mehr als 4 Millionen Wähler und über 110 Abgeordnete verfügt, in dem Wehrbeitrag 1 Milliarde bewilligt und in der Vermögenszuwachssteuer jährlich 100 Millionen — alles ausgeprochenemassen zu Wehrzwecken? Und ist es nichts, daß sie in keinem Stadium der Verhandlungen auch nur den Versuch zur Obstruktion gemacht hat? Daß sie den Steuern zugestimmt hat, um Schlimmerem vorzubeugen, ist richtig, mindert aber nicht die Tragweite des Beschlusses, ungeheure Summen zur Durchführung eines Gesetzes zu bewilligen, dessen Zustandekommen die Sozialdemokratie ihren Überlieferungen gemäß zu hintertreiben bemüht war.“

Die „Bosnische Zeitung“ versucht hier aus parteipolitischen Rücksichten der sozialdemokratischen Fraktion Motive zu unterstellen, die sie bei ihrer Abstimmung nicht gehabt hat. Dieser Versuch scheitert an der klaren, bestimmten und prinzipiellen Erklärung, die vor der Abstimmung vom Vorsitzenden der Fraktion abgegeben wurde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichsregierung und die Deckungsvorlagen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ nimmt das Wort zu den ersten Beschlüssen des Reichstags. Sie schreibt:

Wenn sich der Reichstag bei der Deckung der laufenden Ausgaben von den Vorschlägen der Regierung entern hat, so ist doch das Kernstück des Besitzsteuerkompromisses aus dem Regierungsentwurf hervorgewachsen. Gewiß bestanden vom Standpunkte der Einzelstaaten schwere Bedenken gegen die Beschlüsse des Reichstags. Angesichts der Größe der Ausgabe sind sie zurückgestellt worden. Das Ziel, für die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht finanzielle Sorge zu treffen, ist erreicht, und so darf man auf das Gesamtergebnis der schwierigen Verhandlungen über das Wehrgesetz und die Deckung seiner Kosten mit Befriedigung blicken.

Es ist kein Wunder, wenn die Regierung lacht; denn sie hat sicher selbst nicht angenommen, daß die Heeres- und Deckungsvorlagen so glatt durchgehen.

Zentrumsnöte.

Das Zentrum will als politische Partei ein Bett ein, in welchem sich alle Bevölkerungsschichten wohl fühlen sollen. Dabei wird das Zentrum fortgesetzt in Widerspruch verwickelt und keine Bevölkerungsschicht kann zufriedengestellt werden. Wir konnten vor einigen Tagen berichten, daß die westdeutschen Bauernvereine, die sich dem Zentrum verpflichtet haben, revoltierten, so daß führende Zentrumsblätter sich gezwungen sahen, ihnen mit hartem Geschütz entgegenzutreten. Am Sonntag beschäftigte sich nun in Saarbrücken der Verband der Windhorst-Bande mit der Mittelstandspolitik des Zentrums. Aus dem Referat Dr. Hises aus München ist zu ersehen, daß auch die Mittelstandsbündler, die im Zentrum organisiert sind, nicht zufrieden gestellt werden. Der Referent klagte, daß in letzter Zeit manche Mittelstandsorganisation in ihren Forderungen so weit gehe, daß die Zentrumsfraktion nicht mehr folgen könne. Demgegenüber erklärte Dr. Hise nach einem Bericht der „Nordd. Volksztg.“ u. a.: Die Organisationen des Mittelstandes übersehen die Veränderungen, die im Wirtschaftslieben vor sich gegangen sind, sie machen einerseits die Gewerbefreiheit für alle Schäden verantwortlich und haben vielfach eine durchaus falsche Auffassung von dem Verhältnis zwischen Staats- und Selbsthilfe. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Gegensätze zwischen den Organisationen des Mittelstandes und denen der anderen Erwerbsstände die Gefahr politischer Differenzen mit sich brachten. Man plant sogar, mit dem wirtschaftlichen Gegner nicht mehr in der gleichen politischen Partei zusammenarbeiten zu können. Dieser Spannung müssen die Windhorstbünde entgegenarbeiten! Sie müssen der Ueberzeugung zum Durchbruch verhelfen, daß ein Staat nicht einseitig mit Ausnahmegeetzen und Gesühnsmomenten arbeiten darf, daß die Staatshilfe nur als Ergänzung der Selbsthilfe angesehen werden kann.

Der Redner gliederte schließlich über dieses heikle Thema hinweg und verwies die zentrumsfreundlichen Mittelstands- und Angelegenheitsvereinigungen auf ihre eigentliche Aufgabe, der Regierung die Hilfe zu bahnen: Die Windhorstbünde werden nun zu der Organisationsform keine Stellung nehmen können, aber Klassenkampforganisationen können sie ablehnen, wie eine Empfehlung der katholisch-konnamnischen Vereine als Sondervereine als selbstverständlich erscheint. Die Windhorstbünde sollen den radikalen Strömungen in den Organisationen entgegenarbeiten, sollen nicht zuletzt die großen Verdienste des Zentrums um den Mittelstand hervorheben.

In der Debatte wurde von Dr. Müller-Eben hervorgehoben, daß den Mittelstandsorganisationen im allgemeinen doch nicht bei der Wortwahl gemacht werden können, sie gehen zu sehr ins Extrem. Man müsse mehr auf die Vorteile des Kleinbetriebes gegenüber dem Großbetrieb aufmerksam machen. Selbstverständlich sei die Idee einer eigenen Mittelstandspartei auf das Entschiedenste zu bekämpfen. Von anderer Seite wurde insbesondere die Notwendigkeit betont, gegen den Bund der Gewerkschaften Front zu machen. Dieser Bund sei nichts als eine Filiale des Linksliberalismus. Ein anderer Redner war der Auffassung, daß die Zurückhaltung der Zentrumsparlei gegenüber der Konsumstrategie sehr verständlich sei; die Frage sei noch lange nicht geklärt. Ein anderer Redner meinte, wenn die Verdienste des Zentrums um die Privatangehörigen nicht genügend bekannt seien, so trüge daran vor allem die Zentrumspropaganda die Schuld.

Demit war die Mittelstandsfrage für die Windhorstbünde erledigt. Sie wird aber der Zentrumsfraktion wieder Kaputtmarie verarsachen.

Die Reichspartei ruht nicht.

Durch die von angeregte hannoversche Frage haben sich die Hauptlinien der Reichspartei in den Reihen verknüpft, die Partei werde noch einige Bedenken, die ihr bisher nicht erlangten. Sie zeigen sich als die einzigen und wirklichen Patrioten, und deshalb kämpfen sie um so mehr für ihren hannoverschen König, je weniger die nicht-patriotischen Kreise Ansprüche an diesen Königsstempel erheben. Am Sonntag trat nun in Hannover das „Parteiorgan“ der Union deutsch-hannoverscher Partei zu einer Besprechung zusammen, in der folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

Der Scheitern der deutsch-hannoverschen Partei, bedingt aus Vertrieben aus allen Teilen des Landes, enthält den Bericht des Direktors, daß kein Bericht des Herzogs oder des Prinzen Ernst August auf die hannoverschen Reichsangelegenheiten weder direkt noch indirekt eintrifft. Es besteht demnach für die deutsch-hannoversche Partei kein Anlaß, eine Aenderung ihres Verfahrens und ihrer politischen Betätigung vorzunehmen. Die Partei ist eine Reichspartei. Sie wird deshalb so lange bestehen, bis es lediglich auf Grundlagen von Recht und Verfassung ein mögliches Ziel erreicht ist. Die Partei wünscht und macht allen ihren Mitgliedern paritätisch, daß sie bei unüberwindlichen Schwierigkeiten aus dem Programm unberührt durch alle Ausschweifungen der letzten

Zeit die ruhige Entfaltung unserer Bestrebungen durch streng loyales Verhalten innerhalb und außerhalb der Partei fördern. Die Partei hofft, daß die Erkenntnis ihrer von den gewissen Pflichten der Volksgenossen getragenen Bestrebungen zu dem von ihr stets ersehnten noch nicht geschlossenen endlichen Frieden führen wird, zum Segen des gesamten lieben deutschen Vaterlandes und der teuren hannoverschen Heimat.

Es ist lustig, anzusehen, wie das Völkchen sich gebärdet.

Wenig erheit sind die braunschweigischen Patrioten von dem Geschrei der hannoverschen Welfen. Der Landesauschuh der nationalliberalen Partei des Herzogtums Braunschweig hat eine Rundgebung erlassen, in der es heißt, es sei „nach mancherlei Anzeichen zu befürchten, daß die hannoversche welfische Bewegung auch in unser Heimatland hinübergreifen und den ersehnten inneren Frieden aufs schwerste gefährden wird. Wir glauben daher des Einverständnisses des weitaus größten Teiles der Landeseinwohner sicher zu sein, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß eine entschiedene Absage an die Schürer jener, den braunschweigischen Interessen direkt widersprechenden Bewegung von berufener Seite erfolgen möchte.“

Österreich-Ungarn.

Militarismus in Oesterreich. Vor einiger Zeit waren mehrere böhmische Dragoner-Reservisten zum Tode verurteilt worden, weil sie beim Transport nach alpinen eine Demonstration gegen die Mobilisierung geleitet haben sollten. Der Gerichtsherr hatte das Todesurteil nicht bestätigt und der oberste Militärgerichtshof hat das Todesurteil nun dahin abgeändert, daß er die zwei „Rädelsführer“ zu schweren Kerker von 8½ und 8 Jahren verurteilte. 19 weitere Reservisten wurden zu Kerkerstrafen von 4 bis 7 Jahren verurteilt, obgleich sie alle die Demonstration in Volltrunkenheit begangen hatten. Insgesamt wurden 40 Reservisten mit 120 Jahren Kerker bestraft.

Holland.

Ueber die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur holländischen Regierung und über die Frage des eventuellen Eintritts von Sozialdemokraten in das neue holländische Ministerium sprach sich Gen. Troelstra gegen einen bürgerlichen Pressevertreter aus. Er meinte, bisher sei an Sozialdemokraten noch nicht das Ansehen gestellt, einen Ministerposten zu übernehmen. Es sei auch sehr fraglich, ob die Königin mit sozialdemokratischen Ministern regieren wolle. Wenn man aber der Partei eine Vertretung im Kabinett anbiete, dann hätte sie Anspruch auf drei Ministerposten, darunter speziell auf das Ministerium des Innern, um das allgemeine Wahlrecht, das von der Sozialdemokratie auf das liberale Wahlprogramm gesetzt worden sei, verwirklichen zu können. Es sei allerdings zu bedenken, daß ein Kabinett, in dem Sozialisten sitzen, von allen verhassten Elementen leicht in schwere Positionen gebracht werden könne; daher sei es wohl am besten, wenn die liberale Minorität die Bildung des Kabinetts allein übernehme. Es könne der Unterstützung der 18 Sozialdemokraten sicher sein, wenn es mit größter Eile das allgemeine Wahlrecht und die unbedingte Arbeiterpensionierung bingte. Natürlich darf es auch in bezug auf den Militarismus keine reaktionären Bestrebungen verfolgen. Sollte das liberale Ministerium dann noch der kirchlichen Verschlechterung der Schulen ein Ende machen, die Schulpflicht bis zum 14. Jahre ausdehnen und den Zehnpfundtag einführen, so werde die Sozialdemokratie das liberale Ministerium sogar mit großer Freude unterstützen.

Balkan.

Die Kämpfe zwischen den Verbündeten dauern fort. Die serbische Regierung benachrichtigte ihre Gesandten im Auslande und die Großmächte, daß sie sich mit Bulgarien in einem von Bulgarien ihr aufgedruckten Kriegszustande befinde.

In Saloniki haben die Griechen die dort befindlichen bulgarischen Truppen umzingelt und entwaffnet. Der Kampf war ein erbitterter; jedes Gebäude mußte einzeln genommen werden.

Der bulgarische Generalstab hat im Laufe der Nacht zum Dienstag folgende Meldungen erhalten: Die Operationen gegen die Griechen sind bereits gestern im Laufe des Tages eingestellt worden, da die Griechen ihre Angriffe nicht mehr erneuert haben. Die Ergebnisse des gestrigen Kampfes sind für die Griechen ungünstig, die nach einem heftigen Gegenangriff gänzlich geschlagen und auf dem rechten Struma-Fluß, südlich des Sachino-Sees, verfolgt wurden. Die Bulgaren haben sich in neuen Stellungen verchanzt. Westlich von Doiran schlugen die Bulgaren eine serbisch-griechische Kolonne zurück, die sie verfolgte. Der an die bulgarischen Truppen ergangene Befehl, das Vorgehen gegen die Serben einzustellen, wurde erneuert und dabei ein Parlamentarier entsandt, um den Serben vorzuschlagen, gleichfalls die Aktionen einzustellen. Falls die Serben den Vorschlag zurückweisen und wieder zum Angriff übergehen, haben die Truppen Befehl erhalten, ebenso vorzugehen. Die gestrigen Kämpfe waren für die Serben ungünstig. Die Bulgaren haben den Angriff der Serben zurückgeschlagen und die geschlagenen Abteilungen verfolgt. Sie besetzten Albana, Armatas, Enkhevo, Laska, Dobrovo und Ewerige und besetzten diese Orte.

Amerika.

Eine auffallendste Meldung bringt Reuters davon aus Mexico. Hierzig Frauen, zumeist den besten Ständen angehörig, der Stadt Durango haben nach Befehl der Stadt durch die Rebellen in der letzten Woche Selbstmord begangen, infolge der Behandlung durch die siegreichen Rebellen. Nach Nachrichten berichten sich die Rebellen wie Vandalen; sie brennen einen Teil des großen Geschäftszentrums von Durango nieder, plündern und zerstören die Verhältnisse nicht. In Durango herrscht jetzt eine Hungersnot. Die Regierungstruppen bringen Hilfe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 2. Juli.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder! Der Kassierer des Gewerkschaftslokals und des Arbeitersekretariats wird heute Mittwoch und morgen Donnerstag, abends von 8-9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Der Gewerkschaftsvorstand zur Mitteilung, daß das Material für die „Volkspflege“ eingetroffen ist. Dasselbe soll am kommenden Sonntag durch die Hilfskassierer der Gewerkschaften zur Ausgabe gelangen. Die Gewerkschaftsvorstände werden deshalb dringend ersucht, am Donnerstag, dem 3. Juli, von abends 7½ Uhr ab das Material im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 4, in Empfang zu nehmen. — Am Donnerstag nächster Woche, 10. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus für die Vorstandsmitglieder, sowie Hilfskassierer der Gewerkschaften ein informatorischer Vortrag über den inneren Aufbau der „Volkspflege“ statt.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Heute abend findet eine Versammlung im Gewerkschaftshaus statt. Auf der Tagesordnung steht: Unsere Lohnbewegung; Abschluß des Tarifvertrages mit dem Gast- und Schankwirtsverein für Lübeck und Umgebung. Kollegen kommt alle. Fehlen darf niemand!

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Bau-Deputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Volkstreue und Volksfeinde. Alles flieht, sagte ein griechischer Philosoph. Er ahnte voraus, was die Wissenschaft heute als Tatsache feststellt, daß nämlich alles in stetem Flug, in ständiger Entwicklung ist. So ist es seit Ewigkeit her und so wird es sein bis in ewige Zeiten. Das Entwicklungsgezet beherrscht als erstes Gezet die Natur.

Jedem etwas in seiner augenblicklichen Form und Gestalt erhalten zu wollen, ist also der Natur widersprechend. Nichts ist jetzt wie vor einem Augenblick. Unser Körper hat jetzt eine andre Zusammensetzung als gestern, nachdem er in zwischen neue Sauerstoffmengen aus der Luft aufgenommen hat, nachdem in ihm alle möglichen chemischen Veränderungen vorgegangen sind. Wie im Körper des einzelnen, so ist es, allein schon durch die Aenderung im Einzelkörper bedingt, im sozialen Körper, im Staate. Alles flieht, wenn auch oft nur langsam und ohne daß es das Auge sieht, und wenn wir der Natur entsprechend handeln wollen, dürfen wir also nicht einen Stillstand erstreben, sondern wir müssen die Entwicklung in ihrem Gange zu unterstützen suchen.

Unnatürlich ist es darum, von einer Erhaltung zu sprechen, wo die Entwicklung das natürliche Lebensgezet ist; unnatürlich ist eine Erhaltung des Staates. Der Staat ist nichts Lotes; er ist die Zusammenfassung der Volksgenossen, also etwas Organisches, Lebendiges. Er untersteht dem Entwicklungsgezet der Natur, und der allein handelt natürlich und darum sittlich, der eine ewige ununterbrochene Aenderung des Staates erstrebt. Ein Rückhalten jeder Aenderung mag einzelnen wenigen von Nutzen sein. Dem Ganzen ist es von Schaden. Nur der dient dem Ganzen, dem Volke, der eine hinausführung des Staatskörpers erstrebt zu höherer Höhen. Eine Entwicklung des Staates zu erstreben ist unsere Pflicht, und wir erfüllen diese Pflicht, in um so reichere Maße, je mehr der von uns erstrebte Staat allen Volksgenossen Glück und Freude bringt. Die erste Voraussetzung dieses Staatszweckes aber ist eine Verwirklichung der Produktionsmittel, da diese in privater Hand nur wenigen dienen und nicht dem Ganzen. Eine natürliche und sittliche Pflicht erfüllen wir also, wenn wir diesen Staat erstreben, und darum wollen wir unentwegt weiter für ihn kämpfen. Sein und bleiben wollen wir Staatsentwickelnde Volkstreue und nicht werden zu staatsverhaltenden Volksfeinden.

Der Bureaukrat tut seine Pflicht. Vor einer eigenartigen Maßnahme unserer Steuerbehörde schreibt uns das Arbeitersekretariat: Bekanntlich kann derjenige Steuerzahler, dem es zurzeit der festgelegten Frist nicht möglich ist seine Steuer zu entrichten, z. B. durch längere Krankheit, Arbeitslosigkeit pp. um Stundung nachsuchen, die meist gewährt wird. Er bekommt dann einen diesbezüglichen Vermerk auf seinen Steuerzettel. Nun sind aber in letzter Zeit wiederholt Fälle vorgekommen, daß solchen Personen dann bei späterer Entrichtung der Steuer 70 Pfg. Zuschlagsgebühr abgenommen wurden. Das ist aber derselbe Zuschlag, der auch sonst verspäteter Zahlung folgt.

Da aber doch die Stundung nur bewirkt, vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten zu beheben und mit allerhand Laufereien und Demütigungen verbunden ist, würde dies alles unnötig sein, wenn ein davon Betroffener dennoch die Zuschlagsgebühr von 70 Pfg. entrichten müßte. Dann wäre es ja viel einfacher, wenn man nicht zahlen kann ruhig abwarten und den Zuschlag später zu entrichten, wenn bessere Verhältnisse sich zeigen.

Da solches aber unmöglich doch der Sinn einer Stundung sein kann, wandten wir uns an die Direktion der Steuerbehörde, bekamen aber nachstehenden Bescheid:

Auf das Schreiben vom 10. d. Mts. wird Ihnen bei Rücksendung des Einkommensteuerzettels erwidert, daß für Steuerbeträge, die nicht innerhalb der festgesetzten Zahlungsfristen gezahlt werden, die gesetzlich vorgeschriebene Verzugsgebühr von 5 Pfg. für jede angefangene Mark zu zahlen ist. (§ 24 des Einkommensteuergesetzes vom 27. Mai 1889 in der Fassung des Nachtrages vom 17. Juni 1895). Eine Ausnahme für gestundete Beträge ist nicht zulässig. Darauf werden regelmäßig die Steuerpflichtigen, die Stundung nachsuchen, aufmerksam gemacht. Die gezahlten 70 Pfg. können nicht erstattet werden. Jaeger.

Darnach wird also bestätigt was wir oben ausführten und bewiesen, daß auch bei uns der Bureaukratismus Trumpf ist. Ist diese behördliche Auffassung aber der Wille der gesetzgebenden Körperschaften? Oder aber nur Formalismus der Steuerbehörde?

b. Schöffengericht am 1. Juli. Der Zusammenbruch eines Schuhwarengeschäfts. Unter dieser Schlagmarke berichteten wir vor einigen Monaten über eine Schöffengerichtsverhandlung, in der sich der Schuhmacher und Schuhwarenhändler L. wegen Betrugs zu verantworten hatte. Heute wurde die Verhandlung wieder frisch aufgenommen. Es handelt sich darum, ob der Angeklagte bei einigen Bestellungen gewußt hat, daß seine Vermögenslage deren Zahlung nicht mehr verburte. Denn schon im August soll eine Schuldenlast von 6000 Mk. vorhanden gewesen sein. Die Bestellungen des Warenlagers selbst waren an allen Ecken und Ranten bei etwa 30 Firmen erfolgt, und selbst im Oktober und November wurden auf das Frühjahr für über 6000 Mk. Bestellungen aufgegeben in der Hoffnung, daß sich zu Weihnachten und Ostern das Geschäft heben würde. Etwas zu tragen hatte der Angeklagte seit längerer Zeit; Handwerker nahmen wegen Mangel an barem Geld Schuhwaren entgegen, ein Arbeiter, der 2. 100 Mk. Leih, mußte sich für diesen Betrag ein Stiefellager zulegen, so ging es auch einem Glaswerkmeister, der mit 60 Mk. ausfiel, und anderen. Daß L. die schlechte Vermögenslage gewußt haben mußte — so wenig der Staatsanwalt — geht daraus hervor, daß wiederholte Mahnung beauftragt worden sei. L. sollte seine Hoffnung

Einnahmen fließen ihm auch aus seiner Reparaturwerkstatt zu. So wie es sollte, lief das Geschäft doch nicht. Er setzte sich mit einer Hamburger Kontursfirma in Verbindung, um mit ihrer Hilfe einen 50prozentigen Anford anzulernen. Am 26. November wurde der Konkurs angemeldet, ehe der Vergleich zustande kam. Nach den Angaben des Konkursverwalters sehen heute etwa 1000 Mk. Aktien 8000 Mk. Passiven gegenüber, ungefähr 12-15 Prozent werden aus dem Konkurs herausgehoben. Da Bücher nicht geführt wurden, fällt sich über den Geschäftsgang schlecht etwas sagen; jedenfalls fehlten dem Angeklagten die kaufmännischen Fähigkeiten. Auch der Staatsanwalt hielt den Angeklagten in dieser Hinsicht für beschränkt und geschäftsunfähig, nimmt aber trotzdem für erwiesen an, daß L. zum mindesten die Vorstellung gehabt haben müßte, nicht mehr bezahlen zu können. Seine schlechte Lage hätte er beim Kauf nicht verheimlichen dürfen. Er beantragte 3 Monate Gefängnis. L. bestritt jede Absicht des Betruges und legt 8 Wechsel vor, die er noch zu allerletzt eingelöst habe. Hätte er schädigende Absichten gehabt, würde er diese Summen nicht bezahlt haben. Die großen Bestellungen entsprächen der Auffassung des Warenlagers und des jährlichen Umsatzes, bei dem auf einen Verdienst von 33 Prozent zu rechnen sei. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Allerdings sei er verdächtig, aber die volle Überzeugung habe das Gericht nicht bekommen können, der Eventualdolus genüge zur Verurteilung nicht. Es sei niemand verpflichtet, dem anderen die Vermögensverhältnisse zu offenbaren. Der Angeklagte habe freilich mit großer Verschämtheit gehandelt. — Die teure Braut. Der Schlachter Sch. plagte alte Erinnerungen an seine frühere Braut, die ihn während seiner längeren Hamburger Gefangenschaft durch Versicherung ewiger Treue zu trösten suchte. Wieder in Freiheit, kehrte er nach Lübeck zurück, wo er zuerst die Mutter der Braut aufsuchte. Als das Mädchen nichts mehr von ihm wissen wollte, schlich er sich des Nachts in das stille Kammerlein und stahl der süß schlummernden ihre Kleider weg. Die Strafammer hängte ihm dafür 6 Monate Gefängnis auf. Kaum war diese Zeit herum, lauerte er dem Mädchen wieder auf, „beleidigte sie tätlich“ und stieß Drohungen aus. Das Schöffengericht erkannte am 28. März gegen den Schlachtergefellen deshalb erneut auf 10 Wochen Gefängnis. Diese unzureichende Internierung stimmte den Büchsen natürlich nicht fanst. Als im Juni die Strafe verbüßt war, zog ihn sofort wieder magnetisch nach der Wohnung des Mädchens. Ihrer Mutter gegenüber drohte er mit dänischer Rache — Bauchauflässigen —, ferner sollte nach die Bude in Asche zusammenfallen. Das Mädchen erfuhr auch noch von anderer Seite, daß es nicht mehr zur Arbeit komme, wenn es nach seinem Willen gehe. Der Angeklagte hielt sich auch eine Zeitlang in der Nähe des Hauses auf. Er führt die Angaben der beiden Zeuginnen auf einen Raubakt zurück und beschuldigt das Mädchen noch abendrecht schwer. Wegen Bedrohung wird er zu drei Monaten verurteilt. — Des Diebstahls bezw. der Hehlerei waren ein Händler und ein Goldschmied beschuldigt. Es handelt sich um Anlauf von neuen Taschenuhren, die einem Uhrmacher gestohlen und zu billigem Preise weiterverkauft wurden. Der Käufer erklärte, daß die drei Uhren, für 15 Mark erhandelt, auch von der Fabrik zu diesem Preis geliefert würden. Einen Verkaufspreis von 64 Mark sollten sie repräsentieren. Beide Angeklagte wurden freigesprochen.

Zu viel Schlafpulver auf einmal nahm eine hier wohnhafte ältere Frau; 6 Bermalpulver verschluckte sie. Die Folge war, daß sie in den Tod hinüberschlummerte.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Bfg. für je 20 Gram): „America“ ab Hamburg 3. Juli, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 8. Juli, „Imperator“ ab Hamburg 9. Juli, „Cleveland“ ab Hamburg 10. Juli, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 12. Juli, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 15. Juli, „Kaiserin Auguste Victoria“ ab Hamburg 17. Juli, „Berlin“ ab Bremen 19. Juli, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 22. Juli, „George Washington“ ab Bremen 26. Juli, „Imperator“ ab Hamburg 30. Juli, „Main“ ab Bremen 2. August. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe außer „Cleveland“ und „Main“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

w. Wöln. In der öffentlichen Sitzung der städtischen Kollegien wurden u. a. auch die Verpflegungskosten für das nun wahrscheinlich am 1. August in Betrieb kommende Krankenhaus festgesetzt. Diese betragen in der ärztlichen Behandlung durch den Anstaltsarzt für hiesige erwachsene Personen 2,75 Mk., für auswärtige 2,25 Mk., für Kinder bis zu 10 Jahren hiesige 2 Mk., auswärtige 2,25 Mark pro Tag. Ohne Behandlung durch den Anstaltsarzt, d. h. wenn sich der Kranke durch seinen Arzt behandeln läßt, erniedrigen sich diese Sätze um 25 Bfg. pro Tag in der dritten Klasse. In der zweiten Klasse werden pro Tag 5,50 Mk., in der ersten Klasse 8 Mk. pro Tag bezahlt. Eine Kraxetur kostet 3,75 Mk. und für den zweiten und jeden folgenden Tag 2,75 Mk. Der Zu- und Abgangstag werden für einen Tag gerechnet. Durch die bevorstehende Regelung des Krankentafelwesens wird die hiesige Ortskrankenkasse einen größeren Landbezirk mitbekommen; die Kassennmitglieder aus dem Landbezirk, soweit sie der Wölkner Ortskasse angehören, sollen als hiesige gerechnet werden. Die Anschaffung eines Röntgenapparats wurde zurückgestellt, weil man sich über die Größe des Apparats noch nicht einig ist. Ferner wurde die Anschaffung einer Waschmaschine-Centrifuge nebst Motor für das Krankenhaus beschloffen. Die Anlage kostet rund 2500 Mk. — Hoffen wir, daß der Eröffnungstermin nicht nochmals verlegt zu werden braucht. — Das Kanalisationsprojekt ist bis auf einige Kleinigkeiten genehmigt; jetzt soll aber mit Wasserdampf das Projekt ausgeführt werden. Das Material, als Rohre, Zementringe, Gießeisen, will die Stadt anliefern; die Rohrverlegung usw. soll unter Kontrolle des städtischen Ingenieurs vergeben werden. Der Güterweg, Vorkamp, Feldbäckerei und die Wilkenstraße sollen an die Wasserleitung angeschlossen werden. Diese Straßen sind in dem Wasserleitungsprojekt nicht vorgesehen und müssen nun außerhalb der vereinbarten Preise bezahlt werden; meine Herren, es geht ja jetzt aus dem großen Streit, sagte der Bürgermeister. Über die Verwertung der Lehrermwohnungen beim Schulhause konnte man sich auch heute noch nicht einigen;

Es über wohnals bestimmt werden. Bei der Behandlung einer Sache, über die nicht öffentlichlich werden darf, brachte der Stadtverordnete Gräper die Bekanntmachung des Magistrats wegen der Freibadeanstalt zur Sprache. Bekanntlich hat der Magistrat in dieser Angelegenheit schon einen Zurückzieher gemacht und forderte die Einziehung der Bestimmung. Sehr richtig führte Herr Gräper aus, daß man nicht so engherzig sein sollte; man solle sich einmal die Freibäder anderwärts ansehen. Dort badeten doch auch die Geschäftsleute zusammen. Die Entgegnung des Bürgermeisters stützte sich auf: „es sollen die Lehrer sich beschweren haben, es sollen unangenehme Dinge vorgekommen sein“; etwas Bestimmtes konnte der Bürgermeister nicht vorbringen und hatten wir doch wohl recht, wenn wir schreiben: Der Jopf hängt ihnen hinten. Die Besprechung hatte doch den Erfolg, daß zugesagt wurde, die bestimmten Zeiten sollen nicht so streng eingehalten werden. Auch soll die Freibadeanstalt nicht mehr als Biehtränke benutzt werden dürfen. — In einer geheimen Sitzung wollte man sich über den anzustellenden Krankenhausarzt unterhalten.

Hamburg. Verhandlungstag der deutschen Chor-sänger. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde zum Reichstheatergesetz folgende Resolution angenommen: „Die Delegiertenversammlung erklart in dem Entwurf des Reichsamt des Innern eine geeignete Grundlage für ein Reichstheatergesetz. Sie ersucht die Reichsregierung, die in dem Entwurf enthaltenen Reformen ausreicht zu erhalten und bei den Beratungen im Reichsamt des Innern weiter vorgebrachten Anträgen der Vertreter der Angestelltenverbände zu entsprechen. Die Delegiertenversammlung billigt die Tätigkeit des Verwaltungsrats in Sachen des Deutsch-Oesterreichischen Bühnentartells, dessen gesamte Tätigkeit sie freudig begrüßt. Sie ersucht den Verwaltungsrat und die Ortsvereine, die auf Herbeiführung des städtischen Eigenbetriebs statt des Pachtsystems gerichtete Kartellstätigkeit mit voller Hingabe zu unterstützen und alle zur Förderung dieser Entwicklung geeigneten Schritte zu tun. In dem Uebergang der Städte zur Eigenregie erklart sie eine Maßnahme, die ebenso sehr im Interesse der Theaterkultur und der Kultur-entwicklung, als im Interesse der sozialen Verhältnisse der Bühnens- und Orchestermitglieder liegt. Sie erklart in der Einführung von Sommergagen, wie sie zum mehr an 17 Bühnen erfolgt ist, ein geeignetes Mittel zur Verringerung des außerordentlichen Sommerelands am Theater; sie ersucht den Verwaltungsrat und die Ortsverbände, diese Tätigkeit fortzusetzen und mit aller Hingabe auf die allgemeine Einführung von Jahresverträgen und Jahresgagen hinzuwirken.“ In Bezug auf die Sozialversicherung fand folgende Resolution Annahme: „Die Delegiertenversammlung billigt die in Sachen der Sozialversicherung des Reiches entfaltete Tätigkeit des Verwaltungsrats. Sie bedauert aufs lebhafteste, daß die Vorschläge des Kartells auf Einführung der Vorkaufschüsse und Bestreitung der Versicherungslasten, aus deren Ertrag oder auf Uebernahme dieser Lasten durch die Direktoren von den Bühnenleitern nicht angenommen und durchgeführt wurden.“ Nach Erledigung einer großen Zahl geschäftlicher Angelegenheiten wurde der bisherige provisorische Leiter des Verbandes Friedbach-Strahburg zum ersten Vorsitzenden und Volberts-Mannheim zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Leipzig stattfinden.

Hamburg. Eine bewundernswerte Flugleistung. Der französische Flieger Brindejone, der eine Flugreise durch Europa unternommen hat, landete gestern früh kurz vor 8 Uhr, von Kopenhagen kommend, auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel und stieg bald nach 9 1/2 Uhr wieder auf, um nach Haag in Holland zu erreichen, von wo er wieder in einem einzigen Flug nach Paris zurückkehren will. Ein aus Haag eingetroffenes Telegramm meldet bereits, daß er dort gestern mittag 1 Uhr eingetroffen ist. In Paris wird er Mittwoch nachmittag erwartet. Auf seiner Aeroplanreise von Frankreich nach Rußland und von dort über Schweden und Dänemark nach Hamburg hat Brindejone Leistungen vollbracht, die ihm und seinem Apparat das glänzendste Zeugnis ausstellen. Von Berlin nach Warschau (620 Kilometer) flog er in 2 Stunden 50 Minuten, also mit der fabelhaften Geschwindigkeit von 178 Kilometer in der Stunde; auf einer andern Strecke legte er sogar 206 Kilometer in der Stunde zurück. Auch der geistige Flug von Kopenhagen nach Hamburg in 2 1/2 Stunden zeigt die Überlegenheit des Flugzeugs über jedes andere Fortbewegungsmittel. Dabei hatte Brindejone unterwegs noch mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen, worüber er bei seinem hiesigen zweitägigen Aufenthalt folgendes erzählte: Als ich morgens um 5 Uhr 31 Min. in Kopenhagen aufstieg, war das Wetter zuerst frisch und klar. Ein leichter Wind versprach eine gute Fahrt, anfangs herrschte noch ziemliche Kälte. Als ich die Insel Fehmarn und den Fehmarn-Sund erreicht hatte, war es mit der klaren Luft vorbei. Es lagerte dort ziemlich dichter Nebel, und ich mußte 100 Kilometer weit in einer Höhe von nur 100 Metern fliegen, was bei dem herrschenden Winde keine Ähnlichkeit war. Ich fuhr in etwa 20 Kilometer Entfernung an Lübeck vorbei und fand bald darauf die Eisenbahnlinie nach Hamburg, der ich folgte. — Vor seiner Ankunft auf dem hiesigen Flugplatz war sein deutscher Kollege Krumpholtz aufgestiegen, um ihm auf seinem Gindecker entgegenzufahren, er trennte unter ihm und landete fast neben ihm. Nach kurzer Frühstückspause und eifrigen Gesprächen mit der Seewarte erhob sich 9 Uhr 41 Minuten der kleine Sieben-Zylinder-Apparat wieder in die Lüfte und war in 5 Minuten den Blicken der Zuschauer entschunden. Er erreichte in verblüffend kurzer Zeit eine Höhe von 1000 Metern.

Hamburg. Eine schwere Bluttat ereignete sich gestern mittag im Hause Brauerstraße 45. Dort hat in der 1. Etage der 1880 in Celle geborene Räucherer Carl Hermann Werner mit seiner Frau und drei Kindern eine Wohnung inne, von der er zu Zeiten ein Zimmer an den 25jährigen Zimmermann Curt Paul Friedrich Konkiel vermietet. Zwischen beiden Männern war es wiederholt zu Streitigkeiten gekommen. Während nun gestern mittag die Frau außerhalb der Wohnung auf ihrer Arbeitsstelle weilte und die Kinder in einer Warteschule untergebracht waren, kam es zwischen beiden abermals zu Reibereien, in deren Verlauf Werner in der Küche nach Angabe des Konkiel ein delikates Messer hervorgezogen und es dem letzteren in den linken Oberarm gerammt haben soll. R. hat dann seinen scharf gefahenden Revolver hervorgeholt und zwei Kugeln auf seinen Logisgeber geschossen, die beide ihm oberhalb des linken Ohres in

den Kopf drangen und ihn sofort töteten. Durch das Anrammen der Schüsse waren Hauseinwohner aufgeschreckt worden und hielten Schußwunde herbei, die den Täter festnahmen. Er hatte eine leichte Fleischwunde am linken Oberarm. Das Messer wurde neben der Leiche vorgefunden und soll sorgfältig untersucht werden, um festzustellen, wer die Waffe in den Händen gehabt hat. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß Konkiel sich nach der Tat den Stich selbst beigebracht hat.

Hamburg. Beim Segeln ertrunken. Bei einer Segelfahrt, die das Personal des Hotels Rampe in Kanderhof unternahm, erkrank der Kellner Haitendorf. Die übrigen fünf Jnassen konnten gerettet werden.

Kaltenkirchen. Streit der Zimmerer. Nach endlosen vergeblichen Bemühungen, um auf Grund einer gerechtfertigten Forderungen zu Verhandlungen zu kommen, ist der Streit der Zimmerer perfekt geworden. Die Arbeitgeber berufen sich auf einen einseitig von den Arbeitgebern herausgegebenen Tarif, der eine sechsmonatliche Kündigung vorsehen soll. Gefordert wird eine Erhöhung des Stundenlohnes ab 1. September d. J. von 55 auf 58 Bfg. und vom 1. April 1914 ab 60 Bfg. nebst weiteren Nebenbedingungen, bei einer Tarifdauer bis zum 31. März 1916. Um Fernhaltung des Zuguges wird gebeten. In Frage kommen die Orte: Kaltenkirchen, Winken, Schmalzfeld, Ribdorf, Alvenslohe und Rügen.

Lüneburg. Ein Heideräuber. Im vergangenen Winter erregten die der Heide an der Lüneburg-Buchholzer Bahnstraße zahlreiche Einbruchsdiebstähle das größte Aufsehen. Besonders hatte es der Dieb auf die Sommerwohnungen in der Heide abgesehen. Obwohl alles in Bewegung gesetzt wurde, des Täters habhaft zu werden, blieben alle Versuche ohne Erfolg. Eines Tages sahen Nachbarn einen dünnen Rauchfaden aus dem Boden emporsteigen. Als die Gegend am andern Tage untersucht wurde, fand man eine regelrechte Räuberhöhle, gefüllt mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aller Art und aufs wohllichste eingerichtet. Der Bewohner selbst aber hatte Lunte geochen und sich inzwischen verjogen. Er hatte sich in der Gegend von Handorf-Welle an der Bahn Buchholz-Gollan einen neuen Wirkungskreis gesucht und sich in einem Sommerhäuschen der Kolonie Inzmühlen wohnlich eingerichtet. Von hier aus unternahm er seine Beutezüge. Am Sonntag, 12. Januar, kam der Besitzer dieses Heidehäuschens, der Kaufmann Knies, städt aus Hamburg, mit mehreren Bekannten nach Inzmühlen, um den Tag in der Heide zu verleben. Als die Tür aufgeschloffen wurde, trat ihnen ein Mann, in der Hand einen Revolver, in drohender Haltung entgegen. Die Tür war im wieder verriegelt. Als der Räuber sich gefangen sah, versuchte er von innen die Fensterläden zu durchbrechen, um auf diese Weise zu entkommen. Während zwei der Begleiter sich mit Schultern und Armen dagegen stemmten, eilte der dritte nach Hilfe. Als der Gefangene sah, daß auf diese Weise an ein Entkommen nicht zu denken sei, schloß er zweimal hintereinander durch einen Spalt auf die Draußenstehenden. Die Kugeln piffen den beiden um die Ohren, sie verließen schleunigst ihren gefährlichen Standort und zogen sich hinter das Haus zurück. Diesen Augenblick benutzte der Räuber, um durch das Fenster ins Freie zu gelangen. Unter wiederholtem Feuer auf seine Verfolger gelang es ihm, in den nahen Wald zu entkommen. Seine Freiheit währte indessen nicht mehr allzu lange. Als er nach etwa 14 Tagen seiner ihm ansehenden lieb gewordenen Wohnung abermals einen Besuch abstattete und daraus einige Gegenstände stahl, wurde er beobachtet und kurz darauf verhaftet. Es ist der 23jährige Schmied Matt h i a e aus Alsteden. Am Montag verhandelte das Schwurgericht in Lüneburg gegen ihn wegen schweren Diebstahls und versuchten Totschlags. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen unter Verneinung mildernden Umstände, worauf das Gericht den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilte und außerdem Polizeiaufsicht für zulässig erkannte. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre Zuchthaus beantragt.

Kunst und Wissenschaft.

Karl Weiser f. Wie aus Weimar gemeldet wird, ist dort gestern der bekannte Schauspieler und Dichter Karl Weiser nach längerem Leiden gestorben. Er war 1848 in Alsfeld geboren. Seine Schauspielerlaufbahn führte ihn in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts u. a. nach an das Karlsruhe Hoftheater, später in das berühmte Ensemble der „Meininger“, dessen beste Zeit er miterlebte, und mit dem er manch große, an Lorbeeren reiche Tournee durch Europa, ja selbst durch überseeische Länder machte. Nach der Auflösung des berühmten Unternehmens erhielt Karl Weiser ein Engagement an der Weimarer Hofbühne, der er bis jetzt als Oberregisseur angehörte. Als Schriftsteller trat Karl Weiser mit einer Reihe zum Teil tief empfundenen lyrischer Gedichte, ganz besonders aber mit zeitgenössischen Tendenzdichtungen ausgeprochensten Charakters hervor, die von strengem Erfassen der politischen und sozialen Probleme der Gegenwart zeugen. Besondere Erwähnung verdienen Weisers geschichtliche Dramen, von denen seine Jesus-Tetralogie durch den erfolgreichen Widerstand, den die protestantische Geistlichkeit von Sachsen-Weimar ihrer Aufführung als Festspiel in der Lutherstadt Eisenach entgegensetzte, auch in politischen Kreisen bekannt wurde. — Weiser hatte vor einiger Zeit das Unglück, sich eine schwere Blutvergiftung zuzuziehen, in deren Verlauf die Amputation eines Beines erforderlich wurde, um das Leben des Patienten zu retten. Der bereits betagte Künstler — Weiser ist 65 Jahre alt geworden — vermochte die schweren Folgen dieser Krankheit und die mannigfachen Mühsale, die sich aus der schweren Operation ergaben, auf die Dauer umso weniger zu überstehen, als seine Gesundheit schon vorher manches zu wünschen übrig gelassen hatte. So kam die Kunde von seinem Ableben nicht gerade überraschend, wenn auch tief schmerzlich gerade für die deutsche Arbeiterschaft, die dem warmblütigen Mitstreiter in ihrem Befreiungskampf, dem Dichter der „Selbstmörder“ und des vielgeliebten Truppoems „So, Mann der Arbeit, sollst du feste feiern“, auf alle Zeiten hinaus ein ehrendes Gedächtnis bewahren wird.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer Silberhochzeit danken herzlich
Bernhard Meyer u. Frau
5179) Minna geb. Boldt.

Dankagung.
Allen denen, die unseren lieben, süßen Sohn so reich mit Kränzen bedachten, danken wir unsern herzlichsten Dank!
F. Fockenbrock und Frau
5180)

Eine Wohnung
zu sofort oder später zu vermieten.
5171) Schlumacherstraße 8/5.

Am Montag nachmittag nach plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, der Lapeger
Kurt Pannier
im Alter von 56 Jahren. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von seiner Frau
Karoline Pannier geb. Hansen.
Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Dorwetter Friedhofs aus statt.
Gefucht ein Knaben
für die Nachmittagsstunden.
5181) Schillingstraße 41.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter Paula sagen wir allen unsern innigsten Dank.
C. Baustian und Frau.
Gefucht ein Süßhage.
zu werden.
5169) Unterstraße 37, von 8 bis 9 Uhr abends.

Gefucht ein Mädchen
mittags 10 u. 14 Jahren für nachm.
5185) Frau Volgt, Damenschneiderei.

Junger Kaufmann,
Materialist, 23 Jahre alt, verheiratet, sucht sofort oder später Stellung in der Konsumbranche als Lagerhalter, Verkäufer oder Kontorist evtl. Aushilfe. Angebote unter N O an die Exped. d. Bl.
5162)

Eine Zwei-Zimmer-Wohnung
zu vermieten am Leute ohne Kinder.
5172) Röhrens Brölingstr. 60, III.

Meine Wohnung zu vermieten
5168) Röh. Schlumacherstr. 511.

Zu kauf, gef. 2 guterh. Bettstellen m. Bett, Waschtisch m. Marmorplatte u. Lakensofa. Angeb. m. Preis unter S M an die Exped. d. Bl.
5161)

Gesucht zum 1. Oktober kleines Haus z. Alleinbewohnen od. Buchhändlerwohnung, Preis 8. 200 Mk., Zimmer od. Garten. Angeb. mit W 66 an d. Exped. d. Bl. (5161)

Rechnungsformulare
Sachdruck des Hb. Holsten.
Johannisstraße 46.

Ein Sieg der deutschen Industrie!



LUPA

Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak- u. Cigaretten-Fabrik, Vertriebs-Dresden
 Inh.: Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen

Eilt! Eilt!
Hannoversche Lotterie
 bar Geld mit 90 Proz.
 Ziehung schon übermorgen
 Hauptgewinne i. W. :
50 000 Mark
20 000 Mark
10 000 Mark
5 x 1000 Mark
 Preis des Loses
 3 M. Porto und Liste auswärts 30 Pfennig extra.
Hermann Kersten
 Lotteriegeschäft (4955)
 Lübeck, obere Dürk. S. 1009.
 Wandsebel, Hamburger Str. 33.

Zentral-Hallen
 Dantewartsgrube 20.
 Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
 Anfang 8 Uhr.
 Ende 12 Uhr.

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend.
 G. G. m. b. H.

Die in der gestrigen Annonce für Donnerstag, den 3. Juli, bekannt gegebene Bezirksversammlung in der „Flora“ ist nicht für Holstentor-Nord, sondern für
Holstentor-Süd
 bestimmt. (5178)
 Am Freitag, dem 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Bezirks-Versammlung für Vorwerk bei Herrn Gastwirt Stapelfeld.
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 1. Bericht vom Genossenschaftsrat.
 2. Die Volksfürsorge.
 Referent: Aufsichtsratsmitglied J. Stelling.
 3. Genossenschaftliches.
 Zahlreichem Besuch auch seitens der Frauen der Mitglieder steht entgegen
 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter-Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.
 Distrikt Schlutup.
Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, dem 3. Juli abends 8 1/2 Uhr
 im Lokale von A. Sabarowski (Gasthof zur Linde).
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 5167) Die Distriktleitung.

Preußische Lose
 Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli 1913

1/5	1/4	1/2	1/1	vorrätig.
5.-	10.-	20.-	40.-	

Falek,
 Fernspr. 53.
 Lübeck, Breite Straße 53, I. (Hans Freyholz)

Geschäfts-Eröffnung.
 Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich am 2. Juli d. J.
Hansastr. 115
 ein Kolonial- u. Fettwarengeschäft eröffne. Jedem ich gute Ware und Bedienung zusichere bitte ich, mein Unternehmen günstig zu unterstützen.
 5157)
 Hochachtungsvoll
Gustav Wiese.

Nur noch einige Tage!
Markmann & Meyers
 Reklame-Serien-Tage
 Gute Waren zu sichtbar bill. Preisen



Achtung!
Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands
 Bezirk Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, den 3. Juli 1913,
 abends 9 Uhr präzis,
 im Lokale des Herrn G. Ehlers, Süßstraße 110.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal.
 2. Agitationskommissions-Wahl.
 3. Bericht der Gewerkschaftshaus-Kommission.
 4. Entlassenen der Beiträge.
 5. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
 5147
 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
 Solidarität
 Ortsgruppe Lübeck.

General-Versammlung
 am Donnerstag, d. 3. Juli 1913,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 2. Quartal.
 3. Abrechnung vom Sommerfest.
 4. Wahl.
 5. Verschiedenes.
 5165) Der Vorstand.

Zentralverband der Zimmerer!
 Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, dem 3. Juli abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Kartellbericht.
 2. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern.
 3. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
 4. Innere Verbandsangelegenheit.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kameraden dringend notwendig.
 5159) Der Vorstand.

Sektions-Versammlung
 d. Hausdiener, Fensterputzer, Kolporteurs u. Kolporteurinnen
 am Donnerstag, dem 3. Juli abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Unser Interesse zur Organisation.
 2. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch der Kollegen und Kolleginnen erwartet
 5163) Der Vorstand.

Lübecker Sommer-Theater
 i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
 Donnerstag, den 3. Juli 1913:
 Die versunkene Glocke.
 Glodengießer Arno Hoff.
 Nautendelein Selma Wuttke.
 Freitag, den 4. Juli 1913:
 Aufführung von Lother Schmidt
 Das Buch einer Frau.
 Repertorium der ersten Bühne.
 Außer Filmzauber haben Dugendarten Gültigkeit.
 5164) Anfang stets 8 1/2 Uhr.

anges Ehepaar mit einem Kind zum 1. Okt. 2-Zimm.-Wohn. 500. Holstentor bevorzugt. Ang. W. 88 an die Gr. d. Bl. (5154)
 sucht zum 1. Okt. eine freundl. 2-Zimm.-Wohn. von jg. Ehep. Fr. 200 M. Holstentor bevorzugt. u. B. W. an die Gr. d. Bl. (5160)
 ein **Blüthgarantur**, ein Sofa, tüchle, Ausgestrich, billig z. verk. Mühlent. 11. rt. Mägdel.
 Wegen Platzmangel
Blüthgarantur z. vert. Sägenstraße 29 a.
Neines Sofa z. vert. H. Schütt, Mühlent. 11. rt.
 zu verkaufen in der Danf. vier abgetheilte 3-4-Zimm. Wohnungen. (5170) Näheres Danfstraße 106.
 n. Haus Adlerstr. u. abgeth. 3-Zimmer u. Garten zu verk. Anzahl. 200 M. Red. u. ich geschrieb. Näheres E. Stegemann, Geseckstr. 11. rt.
 Empfehle meinen **Fr. u. Dam.-Frisier-Salon** zur Verfertigung aller Haararbeiten. Antistr. 44 a. W. Bentzin.

Uhren Goldwaren Silberwaren empfiehlt 5179
Willi Westfahling
 32 Holstenstraße 32

Carl Folkers Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gebe rate Lübeck-Rabattmarken.



Urban
 der sieht jetzt ganz klar.
 Putzt doch die Stiebel wunderbar.
 In Dosen überall erhältlich.
 Fabrik: Urban & Lamm / Charlottenburg

Streikendes Proletariat auf der Bühne.

Aus Neuport, 8. Juni 1913, wird uns geschrieben: Ueber die riesige Bühne des Madison Square Gardens ging gestern vor einem zwölftausendköpfigen begeisterten Publikum ein Drama aus der allermodernsten Geschichte, ein Stück aus den Händen ihrer namenlosen Helben kommenden Stück Zeitgeschichte, von der anonymen Masse der Männer und Frauen, die heutzutage Historik machen, selber gegeben. Die Bühne bedeutete für einen Abend die reale Welt des Klassenkampfes, und die in dem Stücke auftretenden Schauspieler waren 1500 Weber und Färber aus dem nahen Paterson. Sie führten dem Publikum der Metropole, unter dem das „intellektuelle“ Element außerordentlich stark vertreten war, fünf Episoden aus ihrem heroischen Ringen mit dem Kapital vor Augen. Ueber dem „krassen“ Naturalismus des Stückes wie der Darstellung schwebte wie mit unsichtbaren Adlerschwüngen die Idee der zukunftschaftenden Solidarität des kämpfenden Proletariats, und stählerlich hat nach niemals ein von den Aesthetikern des Dramas als „idealistisch“ klassifiziertes Bühnenwerk so mächtig erhebend auf sein Publikum gewirkt, als diese Szenen aus der Patersoner Streikgeschichte, als deren Kollektiv-Held das streikende Webervolk New-Yorks selber die Bretter betrat. Die Patersoner Textilbarone und die korrupten und gewalttätigen Behörden des Streikreviers hatten zwar als „Mitverfasser“ des Stückes ihr rechtlich Teil zu dem dramatischen Effekten und dem Sensationserfolg des Abends beigetragen, so wenig sie selber geneigt sein mögen, ihren Anteil an den Lorbeeren zu reklamieren. — Die ersten beiden Szenen spielten in der Seidenfabrik Henry Dohertys, in der das Vier-Webstuhl-System zuerst zur Einführung gelangte — dieses System unerträglich verächtlicher Ausbeutung bei reduzierten Löhnen gab den ersten Anstoß zum Streik — sowie in der unmittelbaren Nachbarschaft dieser düsteren Textil-Fabrik. Kalter Wintermorgen. Die armselige bekleideten Arbeiterinnen und Arbeiter eilen zu ihren Arbeitsstellen; die Fabrikpfeife ertönt, und ein neuer Tag der Frohn beginnt. Aber das Tagwerk wird plötzlich beendet: Auf ein gegebenes Signal, das rasch von den Zurufen der Arbeiter weitergetragen wird, marschieren alle auf die Straße, und unter die Rufe: „Hurrah for the Strike!“ mischen sich die Klänge der Marzelliede. Die zweite Szene zeigt die Masse am Streikpostendienst. Ein paar „Scabs“ suchen Zugang zu der Fabrik zu gewinnen, und als Streikende auf sie einzureden beginnen, haut der Säbel und schießt die Flinten. Balantine Mobestino sinkt, von einer Kugel getroffen, tot nieder. Scharen verwundeter Streikposten werden gefangen abgeführt. Es folgt das Begräbnis Mobestinos, die eindrucksvolle Szene des Stückes. Durch die schweigenden Reihen der entblößten Hauptes dahstehenden Streikenden wird der Sarg getragen, auf den sich ein Schauer roter Ketten ergießt. William Sawood hält am offenen Grabe eine seiner charakteristischen Ansprachen und Carlo Treca wiederholt seine Grabrede, wegen derer er bekanntlich der „Anstiftung zum Aufruhr“ angeklagt ist. Die vierte Szene reproduziert eine Massenversammlung der Kämpfer in Haledon, wo sie die Gastfreundschaft des sozialistischen Bürgermeisters Brüdman genießen, nachdem sie in Paterson rechtlos gemacht wurden, und die begeisterte Schlussphase ist eine Darstellung der Mai-Demonstration in dem Streikgebiet. Acht-hundert der proletarischen „Schauspieler“ hatten sich als Streikführer im Gefängnis befunden, und jeder einzelne dieser Dilettanten hatte seine Rolle als sozialer Kämpfer schon lange vor seinem Bühnen-Debut trefflich gemeistert. Kein Wunder, daß sie bloß eine „Probe“ brauchten, und keiner von ihnen eine Spur von Bühnenangst zeigte!

Aus der Partei.

Der politische Meineidsprozeß in Waldenburg in Schlesien. Am 30. Juni hat vor dem Schwurgericht in Schweidnitz der Prozeß wegen wissentlichen Meineids gegen den Arbeiter-

sekretär Osteroth, den Geschäftsführer Weichelt und den Faktor Hoffmann — die beiden letzteren von unserem Waldenburger Parteiorgan, der „Schlesischen Bergwacht“ — begonnen. Der Prozeß dürfte zwei bis drei Tage dauern. Die drei Angeklagten befinden sich seit Anfang März in Haft, eine Kautionsstellung von je 10 000 Mark wurde feinerzeit abgelehnt. Der Prozeß scheint sich zu einer Art politischer Sensation auszuwachsen. Aus der ganzen Provinz sind Zeitungsberichterstatter angemeldet. Es sind rund 40 Zeugen geladen. Die Verteidigung liegt in den Händen des Breslauer Justizrats Mamroth und des Rechtsanwalts Dr. Cohn. Der Prozeß begann bereits mit einem erregten Vorspiel. Von den 30 ausgelassenen Geschworenen lehnt die Verteidigung vor allem alle konservativen Großgrundbesitzer, darunter den durchgefallenen früheren Reichstagsabgeordneten v. Richtigshofen, ab. Aber auch der Staatsanwalt strich rücksichtslos alle Namen, die halbwegs einen liberalen Klang haben. Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist kurz folgende: Zur Reichstagswahl 1912 wurde ein „Offener Brief“ eines ehemaligen fikt. Plessischen Grubenbeamten als Flugblatt verteilt. Der Brief war unterzeichnet mit dem Namen des Beamten. Als dieser wegen einiger beleidigender Stellen zur Verantwortung gezogen wurde, mußte er erklären, daß die inkriminierten Stellen durch einen anderen hineingekommen seien. Wer das gemacht hatte, konnte nicht festgestellt werden. Aber einer mußte dran glauben und deshalb wurde der Drucker — also der Geschäftsführer Weichelt von der „Bergwacht“ zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. In diesem Prozeß gegen Weichelt wurde auch der Faktor Hoffmann eiblich vernommen. Er wurde gefragt, ob er den Betreffenden kenne, der den Brief „umredigiert“ habe. Unter Eid hat Hoffmann ausgesagt, daß er den Redakteur des Briefes nicht kenne, da er als Faktor sich nicht um die Verfertiger des Manuskripts zu kümmern habe. Eine ganze Zeitlang nach diesem Bagatelprozeß wurde ein in der Bergwacht angestellter Expedient wegen schlechter Führung entlassen. Dieser trat nach einiger Zeit in dem neugegründeten konservativen Grubenblatt als Schriftsetzer ein, und bald darauf wurde auf Anzeige dieses Menschen — Köhler ist sein Name — gegen Hoffmann ein Meineidsverfahren eingeleitet. Köhler beschwor, seinerseits, daß er sowohl wie Hoffmann und Weichelt das Flugblatt in der Nacht und zwar geheim gesetzt haben und daß es so ziemlich bekannt sei, wer das Flugblatt umredigiert habe. Auf Grund dieser Aussage entstand gegen Hoffmann die Meineidsklage. Im Untersuchungsverfahren hierzu wurden auch Weichelt und Osteroth eiblich vernommen, die nun ebenfalls in bezug auf das geheime Setzen wissentlich unwahre Aussagen gemacht haben sollen. — Im Grunde handelt es sich bei dem Ganzen um eine Bagatelle. Es hat aber den Anschein, als ob hinter der ganzen Affäre Mächte ihre Hand im Spiele haben, die der Parteibewegung in dem Waldenburger Industrieviertel und vor allem dem verhassten sozialdemokratischen Zeitungsunternehmen einen vernichtenden Schlag versetzen wollen. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Gewerkschaftsbewegung.

Larifabschluß für die Zellstofffabrik Raguit. Der Arbeiterverband hat mit der Leitung der Zellstoff- und Papierfabrik Raguit einen Lohnvertrag, nach dem die Schichtlöhne auf 4 bis 4,50 Mk. für einzelne Stellen bis 5,50 Mk., für Arbeiter unter 18 Jahren auf 3,85 Mk. festgelegt wurden, abgeschlossen. Ein besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß bei Akkordlohn die Prämienzahlung ausgeschaltet bleibt. Das trifft besonders zu für Arbeiter in der Kocherei usw. In den Abteilungen mit Akkordlohn sind garantierte Mindestlöhne von täglich 4 bis 4,50 Mk. gesichert. Bei Arbeiten in Stundenlohn sind Erhöhungen von 2 und 3 Pfg. eingetretet. Arbeiterinnen erhalten bei Arbeiten in Stundenlohn 23 Pfg. für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Arbeiten an Feiertagen werden Zuschläge von 25, 50 und 100

Prozent bezahlt. Der Tarif wurde auf ein Jahr vereinbart. Wenn durch diese einmütig begonnene Bewegung auch nicht alle Härten im Arbeitsverhältnis beseitigt sind, so ist das Erreichte doch hoch anzuschlagen.

Mühlenerbeiterstreik. Die Arbeiter der Herrenmühle in Heidelberg sind in den Ausstand getreten. Seit feher kämpften sie um ihr Koalitionsrecht. Sobald einige organisiert waren, erfolgte auch ihre Entlassung. Am 4. Juni wurden der Betriebsleitung Tarifforderungen eingereicht. Die Firma beantwortete die Forderungen mit der Entziehung gewisser Begünstigungen. Drei Tage später wurden 10 Mann entlassen. Bei der Unterhandlung mit dem Direktor Oppenheimer machte dieser die Forderung, daß die Entlassenen wieder eingestellt würden, und zwar in höchstens 14 Tagen, weitere Entlassungen würden nicht erfolgen. Außerdem erklärte er sich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit. Die Verhandlungen verliefen jedoch vollständig resultatlos. Jede Verbesserung wurde abgelehnt, ebenso auch der Abschluß eines Tarifes. Oppenheimer erklärte, solange er noch billige Arbeitskräfte bekäme, werde er unter keinen Umständen mehr bezahlen. Um das Maß der Provokation voll zu machen, wurden zu den ersten zehn noch drei Mann entlassen. Darauf legte das Personal die Arbeit nieder, nicht nur zur Verteidigung des Koalitionsrechts, sondern weil die Arbeiter des Betriebes nicht mehr die „billigen Arbeitskräfte“ sein wollen, auf welche sich die Direktion stützt. Zugang ist streng fernzuhalten!

Eine geschäftliche Unverschämtheit. Die rheinheffische Weinellerei und Kognat-Großhandlung, Inh. Peter Westhäuser, in Worms am Rhein sucht Gewerkschaftsangehörige als Wein- und Schnapsagenten anzuwerben. An eine große Anzahl Beamte der Gewerkschaften sind Briefe dieser Firma gelangt, die als private Angelegenheit bezeichnet wurden und in denen den Beamten angeboten wird, gegen Provisionsvergütung Wein und Kognat dieser Firma in ihren Bekanntheitkreisen zu vertreiben. Mit welcher Dreistigkeit die Firma vorgeht, zeigt sich an einem Zusammenstoß, den sie mit dem Angestellten des Bäcker- und Konditorenverbandes in Herford hatte. Dieser Angestellte antwortete auf das erste Angebot nicht, bekam nun eine Mahnung und schrieb nun der Firma in derber Weise seine Meinung über ihre Zumutung. Darauf erhielt er folgende Antwort:

„Ich danke Ihnen für Ihre überaus lebenswürdige Postkarte und nahm davon Kenntnis, daß Sie kein Provisionsreisender werden wollen, keine spekulativen Geschäften abschließen wollen, keine Krämereie sind, daß Sie sich nicht mit Wonne auf Profiten stürzen und wünsche ich Ihnen für Ihre ganze Kraft anderweitig die denkbar günstigsten Erfolge.“

„Ich werde meiner dortigen Auskunfter Ihre originelle Postkarte einschicken und im Übrigen bin ich um einen Agenten absolut nicht verlegen.“

Rheinheffische Weinellerei. Peter Westhäuser.

Es dürfte genügen, diese Geschäftspraxis weiteren Kreisen bekannt zu machen, um der betrieblamen Firma die Luft zu verleben, unter den Angestellten der Arbeiterbewegung Agenten für ihren Schnapsvertrieb zu erlangen.

Soziales.

Agarische Agitation gegen die „Volksfürsorge“. Der „Oberhessische Generalanzeiger“ in Kattibor veröffentlicht eine Liste der Agenten für die agrarische Provinzial-Lebens- und Volksversicherung. An der Spitze marschieren das Königliche Landratsamt in Kattibor, die übrigen Agenten im Kreise Kattibor sind: 1. Amtsvorsteher, 1. Stadtschreiber, 3. Amtssekretäre, 8. Gemeindevorsteher, 1. Bureauvorsteher, 1. Hauptlehrer, 1. Fleischbeschauer, 1. Gutsbesitzer, 1. Darlehnskassenrechner und 2. Kaufleute. Wiewohl diese Agenten an Provision beziehen, wird nicht mitgeteilt. Die öffentlichen rechtlichen Provinzial-Versicherungsanstalten haben sich die Entschuldung der Landwirtschaft zur Aufgabe gestellt; betont wurde stets, daß der Kredit in erster Linie den kleinen Besitzern zugute kommen sollte. Wie es damit ausfällt, geht

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Heine.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Das dauerte bis zum Alter, wo man mich in die Stadt in Pension gab, und als ich diese verließ, war nicht mehr die Rede von einer Kameradschaft zwischen einem Müllerburschen und einem jungen Mädchen, das man als Fräulein behandelte. Dennoch haben wir uns oft gesehen, besonders seitdem mein Vater ihn trotz der Entfernung zu seinem Müller genommen hat und er drei oder vier mal wöchentlich hierher kommt. Für mich war es stets eine große Freude, Angibault und die Müllerin wiederzusehen — sie ist so gut und ich habe sie so gern! ... Nun, Frau Baronin, können Sie es ausdenken, daß meine Mutter es sich seit einiger Zeit einfallen läßt, das nicht gut für mich zu finden und mich hindert, dorthin spazieren zu gehen. Sie hat einen tiefen Abscheu gegen den armen Ludwig — sie tut ihr möglichstes, um ihn zu tranken und hat mir verboten, mit ihm zu tanzen, da er zu tief unter mir stünde. Doch wir Fräuleins vom Lande, wie man uns nennt, tanzen stets mit den Bauern, die uns einladen. Und übrigens kann man auch nicht sagen, der Müller von Angibault sei ein Bauer. Er hat ungefähr zwanzigtausend Franks Vermögen und ist besser erzogen worden wie viele andere. Um Ihnen die Wahrheit zu sagen — mein Kufin Honorius Briskolin schreibt nicht so orthographisch richtig wie er, obgleich sein Wissen mehr Geld gekostet hat, und ich sehe gar nicht ein, warum ich auf meine Familie so stolz sein soll.

„Ich begreife es auch nicht“, sagte Marcella, die sehr wohl sah, daß bei Fräulein Rosa ein wenig List nötig sei und sie ihr nicht mit der feurigen Offenheit beichten würde wie Ludwig. Bemerken Sie denn nichts in dem Benehmen des guten Müllers, das die Unzufriedenheit Ihrer Mutter hätte begründen können?“

„Nicht das geringste. Er ist hundertmal ehrbarer und weit anständiger als alle unsere läudlichen Spießbürger, die fast alle trinken und zuweilen sehr groß sind. Nie habe ich ein Wort von ihm gehört, bei dem ich die Augen hätte niederschlagen müssen.“

Aber könnte Ihre Mutter nicht den seltsamen Gedanken gefaßt haben, er sei in Sie verliebt ...?“

Kosa wurde verwirrt — sie zögerte und gestand schließlich, daß ihre Mutter sich sehr wohl davon überzeugt haben

„Und wenn Ihre Mutter recht geraten hätte — würde sie nicht Ursache haben, Sie gegen ihn zu schützen?“

„Ja ... je nachdem. Wenn es so wäre und er mir davon spräche ...! Aber nie hat er mir ein Wort gesagt, das nicht reiner Freundschaft entsprungen wäre.“

„Und wenn er sterblich in Sie verliebt wäre, ohne je zu wagen, es Ihnen zu gestehen ...?“

„Wäre das denn ein Unglück?“ fragte Rosa ein wenig kokett.

„Sie wären im hohen Grade fähig, keine Leidenschaft zu unterhalten, ohne ihn ernstlich ermutigen zu wollen“, antwortete Marcella in ziemlich strengem Tone. „Es hieße dies, mit den Leiden eines Freundes spielen, und in Ihrer Familie, Kosa, darf man eine unglückliche Liebe nicht leicht nehmen.“

„D ...“ wehrte Rosa widersprechend ab. „Männer werden von solcher Dinge willen nicht verrückt! Immerhin“, fügte sie in kindlich Unschuld den Kopf neigend hinzu, „ich muß Ihnen gestehen, er ist zuweilen recht traurig, der arme Ludwig, und spricht wie ein Mensch in tiefster Verzweiflung ... ohne daß ich zu eraten vermöchte, warum. Und das macht mir großen Kummer ...“

„Doch immerhin noch nicht genug, als daß Sie ihn verfehen wollten?“

„Aber wenn er mich lieben würde — was könnte ich tun, um ihn zu trösten?“

„Sicher liebt er Sie — Sie müßten ihn wieder lieben oder ihn meiden.“

„Ich kann weder das eine noch das andere. Ihn lieben ist mir fast unmöglich, und ihn zu meiden — meine Freundschaft für ihn ist viel zu groß, als daß ich mich entschließen könnte, ihn diesen Kummer zu machen. Wenn Sie nur müßten, was für Augen er macht, wenn ich tue, als gäbe ich nicht acht auf ihn! ... Er wird ganz blaß, und das tut mir weh.“

„Warum sagen Sie denn, es sei Ihnen unmöglich, ihn zu lieben?“

„Gott ... kann man denn jemand lieben, den man nicht heiraten kann?“

„Aber stets kann man den heiraten, den man liebt.“

„D ... nicht immer! Sehen Sie meine arme Schwester! Ihr Beispiel macht mir zu sehr angst, als daß ich Gefahr laufen möchte, ihr zu folgen.“

„Sie laufen keine Gefahr, liebe Rosa“, sagte Marcella ein wenig bitter. „Wenn man so leichtfertig über seine Liebe und seinen Willen verfügt, liebt man nicht und läuft keine Gefahr.“

„Sagen Sie das nicht!“ antwortete Rosa lebhaft. „Ich bin ebensowohl wie jede andere fähig, zu lieben und mich der

Gefahr auszusetzen, unglücklich zu werden. Aber raten Sie mir, diesen Mut zu besitzen?“

„Gott behüte! Ich möchte Ihnen nur helfen, mit dem Herzen ins Reine zu kommen, damit Sie Ludwig in Ihrer Leichtfertigkeit nicht etwa unglücklich machen.“

„Der arme Ludwig ...“ Aber sehen Sie, Frau Baronin, was kann ich denn tun? Ich hege nur schwache Hoffnungen, daß mein Vater nach endlosen Zornesausbrüchen und Drohungen schließlich einwilligt, mich ihm zu geben, und meine Mutter, entsetzt von dem Beispiel meiner Schwester, lieber ihren Widerstand aufgibt, als mich krank werden zu sehen — alles dies ist kaum wahrscheinlich ... Und um so weit zu kommen — wieviel Zwistigkeiten, wieviel Szenen und Zerwürfnisse!“

„Sie fürchten sich — Sie lieben nicht, sage ich Ihnen. Sie können recht haben, und aus diesem Grunde muß Ludwig entfernt werden.“

Dieser Rat, auf den Marcella immer wieder zurückkam, schien keineswegs nach Kosas Geschmack zu sein. Die Liebe des Müllers schmeichelte ihre Eigenliebe in hohem Grade, besonders seitdem die Baronin ihn in ihren Augen so sehr gehoben, und vielleicht auch wegen der Seltenheit der Tatsache. Die Bauern sind der Leidenschaft wenig zugänglich, und in der kleinbürgerlichen Welt, in der Kosa lebte, wurde die Leidenschaft bei den Vorurteilen der Interessen immer seltener und unerhörter.

Kosa hatte einige Romane gelesen — sie war stolz darauf, eine ungleiche und unmögliche Liebe angefaßt zu haben und von der früher oder später das ganze Land mit Erzählungen sprechen würde. Endlich auch wurde Ludwig von allen Bäuerinnen sehr verhätselt und der Unterschied zwischen ihrem Stande und der neugeborenen Bürgerlichkeit der Briskolins war nicht groß genug, als daß er die schönsten Mädchen des Dorfes nicht hätte für sich begeistern können.

„Glauben Sie nur ja nicht, ich sei feige“, beteuerte Kosa nach einem Augenblick des Sinns. „Ich weiß der Mutter sehr gut zu antworten, wenn sie den armen Burden zu Unrecht beschuldigt, und wenn ich mit Ihrer Hilfe, die Sie sozial Geist besitzen, einmal etwas in den Kopf gesetzt hätte und mein Vater mir gerade in diesem Augenblicke seine Einwilligung möchte — dann könnte ich vielleicht über alles triumphieren. Aber ich erkläre Ihnen vorweg, daß ich nicht wie meine arme Schwester den Kopf verlieren würde! ... Ich bin hartnäckig und man hat mich stets zu sehr verzogen, um mich nicht ein wenig zu fürchten. Doch ich will Ihnen sagen, was mir am schwersten fallen würde ...“

„Lassen Sie hören, Rosa.“

(Fortsetzung folgt.)

Daraus hervor, daß bei der ostpreussischen Anfall von den 307 050 Mark in ländlichen Hypotheken angelegten Geldern nur 43650 Mark auf Grundstücke bis zu 50 Hektar entfielen. Der Großgrundbesitz ist es also wieder einmal, der das Fett von der Suppe schöpft. Und an dieser Entschuldigungsaktion teilzunehmen, durch Volksversicherungsprämien-Zahlung, soll jetzt auch dem „Volk“ gnädigst gestattet werden. Wie voraussehen, verfahren bei ihrer Klame für die Art von Volks- (richtiger: Großgrundbesitzer-)versicherung die Agrarier so skrupellos, wie man dies bei ihnen seit jeher gewohnt ist. In einer ganzen Reihe agrarischer Blätter wurden Vergleiche angestellt über die Höhe der Versicherungssumme bei der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung und bei der Volksfürsorge, und behauptet, die Leistungen der öffentlich-rechtlichen seien wesentlich höher als die der Volksfürsorge. Versprechen und das Versprochene auch auf die Dauer durchhalten, ist bekanntlich zweierlei.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Martyrium eines ungerichteten Kindes. Ein ungerichteter Fall von Gemütskrankheit und bestialischer Quälerei beschäftigte das Kriegsgericht in Dresden, vor dem sich wegen gefährlicher Körperverletzung durch grausame und bestialische Behandlung der Sergeant Zander vom Infanterieregiment Nr. 30 in Saugau zu verantworten hatte. Der Angeklagte ist Vater eines dreijährigen ungerichteten schwebenden Mädchens, das bis Anfang vorigen Jahres in der Pflege der Großmutter war. Nachdem er im April v. J. eine andere als die Mutter seines Kindes geheiratet hatte, verließ er sich mit dem Vormund des Kindes und nahm letzteren dann — offenbar um die Alimentationskosten zu ersparen — zu sich. Schon vorher hatte er nur 5 Mk. monatlich für das Kind gezahlt, das andere mußte die Mutter — ein armes Dienstmädchen — aufbringen! Bis zum Eintritt in das Zandersche Haus hatte das kleine Wesen eine gute Behandlung gehabt, dann aber begann ein reines Martyrium. Sei jeder Gelegenheit wurde das kleine schwächliche Kind in der rohesten Weise geschlagen und fortgesetzt beschimpft. Oft schlug Zander das arme Wesen in so brutaler Weise, daß Schläge und Schmerzgeschreie in der Nachbarschaft zu hören waren. Die Stiefmutter beteiligte sich an diesen bestialischen Quälereien in hervorragender Weise; sie wird in einem besonderen Verfahren abgeurteilt werden. Daß immer wurde das bedauernswerte Kind mit blutunterlaufenen Striemen und bunten Flecken sowie Beulen gezeichnet! Auf den kleinen Häubchen lagen ständig dicke Striemen, die von Schlägen mit einem Rohrstock herrührten. Es war ein offenes Geheimnis, daß das Kind unmenlich behandelt wurde, und daß sich die Nachbarn auf die tolle Quälerei gegenüber dem Kind hingewiesen worden: sie antworteten darauf aber nur mit unklugen Redensarten — und legten ihre Bestialität offen! Von der Stiefmutter in das Kind fortgesetzt Schläge, das Uder und blödes Meuch genannt worden, das nach ihrer Meinung immer zu viel maß! Außerdem wurde das Kind immer von einer Ecke in die andere gestoßen! Mehrfach bemängelte sich der Nachbarhaft helle Empörung über die Grausamkeiten und als eines Tages das Kind abermals hartnäckig geschlagen worden war, erzwangte man Anzeige und wahrte darauf endlich dem Martyrium des Kindes ein Ende. Unter Anklage standen jetzt drei Fälle von grausamer Mißhandlung, die einwandfrei nachgewiesen sind und sich als besondere Roborien charakterisieren. Eines Tages, im Juni v. J. hat Zander das Kind unmenlich mit einer Axt über den rechten Körper geschlagen, es auf die Erde geworfen, so es liegen blieb, und dann noch mit den Fäusten bearbeitet! Blutunterlaufene Stellen, blaue Flecken und Beulen waren die unmittelbare Folge dieser Bestialität. Bei einer anderen Gelegenheit wurde das arme Wesen erst von der Stiefmutter und dann auch noch vom Angeklagten entsetzlich geschlagen. Ein andermal ist das Kind vom Angeklagten hartnäckig behandelt worden, daß es die ganze Nachbarschaft erschrecken und wimmern hörte und am Freitag vor Pfingsten vorigen Jahres wurde es so heftig mit Knutenschlägen mißhandelt, daß Götter, Feine und Kitten blutunterlaufen und entsetzlich angeschwollen waren. Und dabei hat eine eigentümliche Art in diesen Straftaten nicht vorgelegen. Als das Kind zu Zanders kam, hat es trüb und gelangt ausgehört, aber dann wurde es piehends elender. Bei der ärztlichen Untersuchung wurden am ganzen Körper des Kindes mehrere Stellen miteinander und ganzlicher Mißhandlung gefunden. Der Sachverständige behauptet, daß es sich hier um eine fortgesetzte bestialische Mißhandlung handelt und das Verhängnisrecht in unzulässiger Weise herbeizuführen werden sei. Mit Rücksicht auf die an den Tag gelegte Roborien erhielt der Soldatenrichter zwei Monate Gefängnis. Das Kind ist jetzt in anderer Pflege.

Widmung. Am 1. Jahre Zuchthaus als Strafbefehl wurde vom Kriegsgericht der 16. Division

in Trier ein Muster von 69. Infanterieregiment wegen Fahnenflucht im wiederholten Rückfalle. Der Fall illustriert ebenso wie das Gefurter Schreckensurteil in drastischer Weise den Charakter unserer geradezu barbarischen Militärstrafgesetzgebung. Barbarisch nicht nur wegen der ungeheuerlichen Härte, die in all den Paragraphen zum Ausdruck kommt, die sich gegen Untergebene richten, sondern auch deshalb, weil die Zwecklosigkeit derartiger Strafen regelmäßig in solchen Fällen in Erscheinung tritt. Die Soldaten wissen ganz genau, was ihrer harzt, wenn sie zum dritten Male desertieren, und doch sind diese Fälle so außerordentlich häufig, daß doch allein vom Trierer Gericht in diesem Jahre schon drei Mann deshalb verurteilt worden. Und es geschieht nicht selten, daß es solche Unglückliche oft als eine Erlösung betrachten, wenn sich ihnen die Tore des Zuchthaus öffnen, weil sie dann wenigstens nicht mehr in die Kaserne brauchen. Der Unglückliche, den man zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt hat, war alles andere, nur keine verbrecherische Natur. Es waren im Gegenteil sogar edle Motive, die ihn zu der Tat verleitet haben, aber das half alles nichts. Als armer Teufel Kind hatte er sein Leben lang auf der Landstraße zugebracht, so gut wie keine Erziehung genossen, was Wunder, daß ihm das Kasernenleben mit jener unerbittlichen, unnatürlichen Disziplin nicht behagte. Als „Unficher“ eingestuft, war er hier bereits gekennzeichnet als einer, auf den besonders acht gegeben werden muß. So dauerte es nicht lange und er desertierte, erhielt 8 Monate Gefängnis, dann 1 Jahr 6 Monate und nun 5 Jahre Zuchthaus. Aber der geradezu aufreizende Charakter der Militärstrafe tritt erst völlig in Erscheinung, wenn man damit die Milde vergleicht, die immer wieder denen zuteil wird, welche in der Regel die Schuld daran tragen, wenn die Soldaten desertieren. Dasselbe Kriegsgericht verurteilte zwei Unteroffiziere zu 10 und 7 Tagen Mittelarrest wegen „vorschriftswidriger“ Behandlung Untergebener. Der eine hatte einen Soldaten auf einem Marsche zum Schießplatz den Kasten mit Patronen so lange ohne Ablösung — zum Teil sogar, ohne ihm zu erlauben, auch nur die Hände zu wechseln — tragen lassen, bis der Mann nicht mehr konnte und den Kasten hinstellte, indem er unter heftigem Weinen erklärte: „Ich kann nicht mehr, man soll mich denn lieber verhaften.“ — Dies ist auch geschehen und obwohl einwandfrei nachgewiesen war, daß der Unteroffizier mit Absicht den Soldaten provoziert hatte, erhielt der Soldat 14 Tage strengen Arrest. Der Unteroffizier aber erhielt 10 Tage Mittelarrest. Das Kriegsgericht vermochte in dieser Hinsicht keine Mißhandlung zu erblicken. — Ein anderer Unteroffizier bekam 7 Tage Mittelarrest, der unter anderem sich von Soldaten mit der Zahnbürste seine Füßchen auswischen ließ. Ja, wir haben es in der Tat herrlich weit gebracht, das zeigt sich nirgends so sehr wie auf dem Gebiete des Militarismus.

Aus dem Zumpi der besten Gesellschaft. Aus Rom wird geschrieben: Zwei bisher recht angesehenen und gut konservativen Rechtsanwälte von Padua, die Herren Barbasetti und Colle, sind heute vom Appellationsgericht von Venedig wegen Unterschlagung zu je 6 Monaten Gefängnis und 300 Lire Buße verurteilt worden. Dieses Urteil hat eine in vieler Hinsicht standalöse Vorgeschichte. Die Verurteilten waren die Rechtsvertreter zweier jungen Mädchen, die verchiedene Herren der Gesellschaft von Padua wegen Sittlichkeitsverbrechen verklagt hatten. Unter diesen Herren der Gesellschaft hatten ein Rechtsanwalt Alberti und ein Arzt Marchetti den jungen Mädchen 11 000 Lire zur Verfügung gestellt, wenn sie die Klage zurückziehen wollten. Die Rechtsvertreter der beiden Mädchen bemogten dieselben zum Zurückziehen der Klage, schickten aber jeder 1500 Lire von der Summe zurück, die sie ihren Klientinnen hätten aushändigen sollen. Als die Sache herauskam, gab es einen Prozeß, dessen Urteil fast das Standaleske an dem ganzen Skandal ist. Die unterschlagenden Rechtsanwälte erhielten wegen Betruges je 3 Monate Gefängnis, und außerdem wendete das Gericht die bedingte Verurteilung an, die doch bei Verbrechen, in denen eine gemeine Gefinnung zum Ausdruck kommt, überhaupt gar keinen Sinn hat. Den Verurteilten war die Strafe noch zu hoch. Sie appellierten mit der Begründung, daß von ihrer Seite wohl eine unkorrekte Handlung aber keine Straftat vorgelegen hätte. Der Staatsanwalt appellierte auch, und so brachte die zweite Instanz das oben angeführte, dem Rechtsgefühl weniger ins Gesicht schlagende Urteil. Toll ist, daß die Herren, deren Sittlichkeitsverbrechen doch durch diesen Prozeß an die große Glocke gekommen ist, ganz straffrei ausgehen. Für den, der zahlen kann, sind nach dem italischen Strafrecht Sittlichkeitsverbrechen eine Privatfache.

Aus Nah und Fern.

Durch Verlegen einer Weiche fuhr in der Götterstraße in Berlin ein elektrischer Straßenbahnwagen auf den Anhängern eines entgegenkommenden Zuges und zertrümmerte ihn vollständig. Mehrere Personen, die sich auf den beiden zusammengefahrenen Wagen befanden, erlitten erhebliche Verletzungen; fünf mußten nach der Rettungswache und dem Elisabethkrankenhaus gebracht werden, wo man ihnen Notverbande anlegte. Alle konnten später ihre Wohnungen verlassen.

Agrarier-Spüße. In ein Breslauer Nachtkafe lehrten nachts fünf Studenten ein und bestellten sich Suppen, die sie nach dem Servieren mit ihren Spazierstöcken umrührten. Da die Wütschen auch sonst noch einen fürchterlichen Kadav vollführten, und andere Gäste in größlicher Weise beleidigten, wurden sie aufgefordert, das Total zu verlassen. Das war aber leichter gesagt als getan. Schließlich wurde ein Schutzmänn geholt, dem einer der rohen Burschen den heftigsten Widerstand entgegensetzte. Nur mit großer Mühe konnte er nach der Wache geschafft werden. Hier legitimierte er sich als Sohn eines Großagrariers aus der Umgebung von Breslau und als Student der Landwirtschaft.

Gerettet. Aus Billa wird gemeldet: über die Strandung des Dampfers „Jaroslawa“ wird noch gemeldet, daß das Schiff gestern abend bei dichtem Nebel auf ein Riff geraten ist. Da die ausgefahrenen Anker nicht hielten, wurde der Dampfer dem Strande zugetrieben. Der Maschinenraum lief voll Wasser; dadurch wurden die Feuer ausgelöscht. Rettungs- und Lotsendampfer nahmen sofort die Rettungsarbeiten auf. Ein von dem Dampfer „Jaroslawa“ ausgehendes Weiboot mit vier Bootsteuten und acht Passagieren schlug um. Die Insassen wurden dem Strande zugetrieben und gerettet. Der übrige Teil der Besatzung etwa 10 Mann, ist durch einen Raketenapparat geborgen worden. Der Dampfer ist noch fest.

Krieg im Frieden. Auf dem Truppenübungsplatz in Güterberg nahm eine Maschinengewehr-Abteilung Schießübungen vor. Ein Mann der Bedienungsmannschaft hatte sich, entgegen der Vorschrift, aus dem Bereich der Scheiben entfernt, niedergelegt und war eingeschlafen. Als das Schießen begann, sprang der Schläfer auf. Die Bedienungsmannschaft der Maschinengewehre nahm bei der großen Entfernung an, daß ein Ziel aufgetaucht war und verstärkte daher das Feuer. Nach Beendigung des Schießens fand man den leichtsinnigen Schläfer von 18 Kugeln durchbohrt tot auf.

Muster gefällig? Die „Deutsche Tageszeitung“ kündigte dieser Tage im redaktionellen Teil eine Reihe konservativer Versammlungen zur Reichstagswahl in Salzburg an. Am Schlusse der Veröffentlichung heißt es: „In diesen Versammlungen werden sprechen die Herren Reichstagskandidaten Exzellenz von Krüger-Binzelsberg, Unterstaatssekretär Hr. Schulz-Wilke und der Direktor des Bundes der Landwirte, Landtagsabgeordneter Dr. Diederich Gahn.“ Die Konservativen wollen wohl aufräumen, denn bei den letzten Reichstagswahlen sind ihnen so viel Kandidaten auf Lager geblieben, daß sie im Bedarfsfalle gleich ganze Mustertollektionen von Reichstagskandidaten abgeben. Im Augenblick ist aber der Markt für konservative Kandidaten sehr flau.

Schweres Unglück. In der vorvergangenen Nacht ist in einem alten Einwandererhaus in Neuyork, in dem 70 Polen, Deutsche und Syrer, die nach Europa zurückfahren wollten, schliefen, Feuer ausgebrochen. Fünf Personen sind getötet worden und zwanzig haben schwere Brandwunden erlitten oder sich Verletzungen zugezogen, während sie aus den Fenstern sprangen. Man vermutet Brandstiftung.

12 Knaben ertrunken. Der zum städtischen Badehaus in Lawrence in Massachusetts führende Laufweg ist gestern zusammengebrochen. Dabei sind zwölf Knaben ertrunken.

Eine große Feuersbrunst brach in einer Apotheke in Avila in Spanien aus. Das Feuer griff auf das Zentralgebäude des Telephonamts über, das zerstört wurde. Zwei andere Gebäude wurden ebenfalls ein Raub der Flammen. Ein Telephonist ist verletzt worden. — Montag nachmittag brach in einem der ältesten Stadtteile Konstantinopels zwischen der Soffen-Moschee und der Pforte ein großer Brand aus. Bald waren etwa 200 Häuser eingedöhrt. Bis Mitternacht wütete der Brand weiter. Es konnte noch nicht ermittelt werden, ob Menschenleben zugrunde gingen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
 Sämtlich in Läden.

Stimmt nicht ich meiner neuen Kundenschaft ergebenst an, daß ich am 1. Juli a. J. meine

Brennmaterialienhandlung

an Herrn Fr. Schumacher übergeben habe und bitte ich höflich, das mit meinen Rechnungen auf meine Nachfolger übertragen zu wollen.

Heinrich Koehner.

Mein persönliches Verhältnis zum erl. Kommiss, daß ich das

Geschäft von Herrn Heinrich Koehner

Krähenstrasse 26

weitergeführt habe und unter der alten Firma weiterführen werde. Meinem und gütlichster Behandlung gebührend, gedanke ich, mich bestens zu betheiligen.

Fr. Schumacher.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

Wohnungseinrichtungen

Besten Verkauf an Privats zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Meißner Allee 60.

Verkauf 5156

lebender Butt

am Donnerstag, dem 3. Juli 1913

vermittags von 8 Uhr ab an der

Sollentorbrücke.

Geschäftsveränderung

Einem geehrten Publikum zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das

5150

Rechtsverhältnis von Herrn Siemens, Hegelstraße 24, vollständig übernommen habe. Es wird dies mein Bestreben sein, nur gute Waren zu billigsten Preisen zu liefern und bitte ich, das dem Herrn Siemens entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Gleichzeitige bitte ich meine werten Kunden und Gönner, die mir in meinem früheren Geschäft die Wohlwollen bezeugten, um fortwährende gütige Unterstützung, hochachtungsvoll

W. Kellner

Glasscheiben

aller Art billigst, auch im Einzelnen. Glas, Bruch, Glaslinsen, u. d. m. an Herrn Kellner, Fiedrichstr. 11. — F. 224. (105)

Persil



das selbsttätige

Waschmittel

Stärkewäsche

wird an den Rändern nicht so leicht rauh, da Persil allen Schweiß, Schmutz und Staub ohne Reiben und Bürsten von selbst löst und vollkommen beseitigt. Also grösste

Schonung des Gewebes

bei garantierter Unschädlichkeit.

Überall erhältlich, die lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.

Nach Fabrikation der allehellenen

Blanche's Bleich-Soap

